Schwerter Zeitung

Die „Schwerter Zeitung" erscheint wöchentlich sechs mal. Bezugspreis halbmonatlich 1.20 Mark, Einzelnummer 15 Pfg. Druck u. Verlag von C. Braus, Schwerte (Ruhr), Postscheckkonten: Dortmund 2852 und Hannover 21874. Geschäftsstelle: Große Marktstr. 3—5. Verantwortlich für die Schriftleitung H. Linner, Schwerte. Fernruf 62.

Verbunden mit: Schwerter Tageblatt und Anzeiger, Schwerter Volkszeitung, Schwerter Volksblatt, Westhofener Zeitung, Aplerbecker Zeitung, Langscheder Zeitung, Holzwickeder Zeitung

Anzeigen-Preise: Für die achtgespaltene Millimeterzeile 6 Pfg., Auswärtige 10 Pfg., Reklamezeile 40 Pfg. Für telefonisch aufgegebene Inserate übernehmen wir keine Gewähr. Bei unvorhergesehenen Betriebsstörungen, hervorgerufen durch höhere Gewalten, übernehmen wir keinerlei Gewähr für pünktliches Erscheinen der Zeitung und kann auch keinerlei Anspruch auf Schadenersatz oder Nachlieferung erhoben werden.

Amtliches Kreisblatt für den Kreis Hörde ◆ Erstes und ältestes Tagesorgan des Kreises. ◆ Generalanzeiger für den Kreis Hörde.

Nr. 66 (Erstes Blatt) — Schwerte (Ruhr), Freitag, den 19. März 1926. — 59. Jahrgang.

Neues in Kürze.

Gegen den frühzeitigen Verkauf von Aufwertungshypotheken.

wtb. **Berlin,** 18. März. (Tel.) In der letzten Zeit erscheinen in der Presse vielfach Kaufangebote für Aufwertungshypotheken. Tatsächlich haben auch schon Hypothekengläubiger ihre aufgewerteten im Jahre 1932 fälligen Hypotheken veräußert. Die hierbei erzielten Erlöse liegen erheblich unter den Sätzen, die nach der mit Aufwertungsgesetz ergangenen Durchführungsverordnung vom 29. November 1925 bei vorzeitiger Rückzahlung von Aufwertungshypotheken zu errechnen sind. Den Besitzern von Aufwertungshypotheken kann daher nur dringend nahegelegt werden, gegenüber solchen Kaufangeboten äußerste Vorsicht walten zu lassen.

Die Stadt Berlin versteuert die Rundfunkapparate.

wtb. **Berlin,** 18. März. (Tel.) Der Magistrat der Stadt Berlin hat beschlossen, eine Steuer auf Rundfunkapparate einzuführen.

Beginn des kleinen Barmatprozesses.

pw. **Berlin,** 18. März. (Tel.) Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte begann heute der sogenannte kleine Barmatprozeß, ein Strafverfahren, das sich gegen die Oberinspektoren der Preußischen Staatsbank, Kersten und Blodow, sowie gegen die Beamten der Bank Weitzel und Jost wegen passiver Beamtenbestechung und Untreue richtet. Ferner ist ein Kaufmann Feld angeklagt, der durch Geschenke die Beamten der Staatsbank bewogen haben soll, Kredite herzugeben, ohne daß die vorgeschriebene Effektendeckung vorhanden war.

Der in der Frankenangelegenheit genannte Ing. Schulze gestorben.

wtb. **Berlin,** 18. März. (Tel.) Der Ingenieur Arthur Schulze, gegen den wegen seiner Beteiligung an den Budapester Frankenfälschungen das Untersuchungsverfahren geführt wurde, ist heute früh in der Irrenanstalt Herzberge gestorben. Er hatte gleich nach seiner Einlieferung in das Untersuchungsgefängnis Spuren von Geisteskrankheit gezeigt und wurde, da sein Zustand sich verschlimmerte, nach Herzberge gebracht.

Mißtrauensvotum gegen Briand abgelehnt.

wtb. **Paris,** 18. März. (Tel.) Die Kammer hat dem Ministerium Briand mit 361 gegen 164 Stimmen das Vertrauen ausgesprochen.

Das neue tschechische Kabinett.

wtb. **Prag,** 18. März. (Tel.) Das neue Ministerium ist gebildet worden. In ihm übernehmen u. a. der Chef der politischen Sonderverwaltung Johann Cerny Präsidium und Inneres und Dr. Benesch Aeußeres.

Die Automobilexplosion in Stockholm auf ein Verbrechen zurückzuführen.

wtb. **Stockholm,** 18. März. (Tel.) Wie die Kriminalpolizei mitteilt, gestand der verhaftete Kaufmann Eric von Arbin ein, daß er die Sprengstoffexplosion in „Pipersgatan", durch welche der Direktor Flyborg getötet wurde, verschuldet habe. Der gleichfalls verhaftete Direktor Krueger bestreitet vorläufig jede Mitschuld.

Verurteilung von Mitgliedern der Action Francaise.

wtb. **Paris,** 18. März. (Tel.) Heute nachmittag wurden vom Zivilgericht die Mitglieder der Action Francaise, die Schriftsteller Charles Maurras und Martin, zur Zahlung einer Entschädigung von 8000 Francs an den gegenwärtigen Generalgouverneur von Algerien, Violette, verurteilt. Im Mai 1923 hatte der damalige Abgeordnete Violette einen Vortrag gegen den Faschismus gehalten und war dabei von den Beklagten belästigt und von Martin mit Tinte begossen worden. Das hatte den Grund für die Klage des Generalgouverneurs gegeben.

Rechtsanwältestreik in Rumänien.

wtb. **Paris,** 18. März. (Tel.) Havas berichtet aus Bukarest: Der rumänischen Rechtsanwaltverband hat als Protest gegen den in der Kammer eingebrachten Stempelsteuerentwurf beschlossen, in den Generalstreik zu treten. In der Provinz hat er z. T. bereits begonnen. In Bukarest will man noch abwarten, ob der Gesetzentwurf nicht noch geändert werden wird.

Eine Stinkbombe.

wtb. **London,** 18. März. (Tel.) Alle Blätter melden, daß ein sensationeller Zwischenfall ein gestern vom Premierminister gegebenes Bankett im Hotel Cecil unterbrochen habe. Ein Mann warf von der Tribüne der Banketthalle eine große Stinkbombe auf den Premierminister, die große Rauchwolken entfaltete. Die Flammen wurden mit Hilfe von Sodawasser gelöscht. Die Zahl der im Saale anwesenden Gäste betrug 1200.

wtb **London,** 18. März. (Tel.) Dem gestrigen Zwischenfall durch den Wurf einer Azetylenbombe in Anwesenheit des Premierministers Baldwin und des Prinzen von Wales wird, Reuter zufolge, keine politische Bedeutung beigemessen. Die Namen der Täter sind der Polizei bereits bekannt.

Auch ein Attentat gegen den Prinzen von Wales.

pw. **Berlin,** 18. März. (Tel.) Die B. Z. am Mittag meldet, daß gegen den Prinzen von Wales gestern abend ein Attentat mit einer Gasbombe begangen worden sei. Doch scheint es sich bei diesen Vorfällen überhaupt nicht um ein Attentat, sondern um bloße Demonstrationen gegen die Regierung wegen der irischen Angelegenheit zu handeln.

Kehraus in Genf.

Rückkehr der deutschen Delegation nach Berlin.

wtb. **Berlin,** 18. März. (Tel.) Die deutsche Delegation unter Führung des Reichskanzlers Dr. Luther und des Außenministers Dr. Stresemann ist heute nachmittag 2,50 Uhr im Sonderzug auf den Anhalter Bahnhof eingetroffen. Zu ihrem Empfang waren unter anderen der stellvertretende Reichskanzler Dr. Geßler, der Reichsfinanzminister Reinhold sowie zahlreiche Herren des Auswärtigen Amtes erschienen. Besonders bemerkt wurde die Anwesenheit des französischen Botschafters De Margerie und des englischen Botschafters Lord d'Abernon.

Der Reichskanzler erstattete heute alsbald nach seinem Eintreffen in Berlin dem Herrn Reichspräsidenten ausführlichen Bericht über die Vorgänge in Genf.

Ministerrat über die Genfer Verhandlungen.

wtb **Berlin,** 18. März. (Tel.) Amtlich. In einem heute nachmittag unter Vorsitz des Reichskanzlers abgehaltenen Ministerrat wurden die Genfer Verhandlungen durchberaten, nachdem die beiden Delegierten ihre fortlaufenden schriftlichen Berichte durch mündliche Darlegungen ergänzt hatten.

Das Reichskabinett billigte einstimmig die Haltung der deutschen Abordnung und nahm insbesondere davon Kenntnis, daß durch die in Genf getroffenen Abmachungen die beiderseitige Fortführung der Locarnopolitik gewährleistet ist.

Pressempfang beim Reichskanzler.

wtb. **Berlin,** 18. März. (Tel.) Reichskanzler Dr. Luther und Reichsaußenminister Dr. Stresemann empfingen heute abend nach der Kabinettssitzung die deutsche Presse und haben in ausführlichen Darlegungen und Auskünften auf gestellte Fragen ein Bild über die Entwicklung der Vorgänge in Genf gegeben. Die Ausführungen gipfelten in der Feststellung, daß die Außenpolitik des Locarnopaktes weiter verfolgt werde und daß der deutsche Standpunkt durch die Vorgänge in Genf, an denen die deutsche Abordnung keinerlei Mitschuld treffe, unverändert bleiben werde.

Die Saarfrage vor dem Völkerbundsrat.

wtb. **Genf,** 18. März. (Tel.) Der von dem italienischen Ratsmitglied Scialoja erstattete Bericht begründet die Notwendigkeit des Vorhandenseins größerer französischer Truppenverbände an der Grenze des Saargebietes entsprechend dem von der Regierungskommission des Saargebietes im Januar vorgelegten Berichtes mit dem Hinweis, daß die Ortspolizei unter normalen Verhältnissen zur Sicherstellung von Ruhe und Ordnung ausreicht, daß sie aber zu schwach sei, um die Regierungskommission in die Lage zu setzen, unter allen Umständen den ihr vom Friedensvertrag übertragenen Schutz von Eigentum und Leben zu bieten. — Der Rat hat in seinem heutigen Beschluß sich den Gedankengang der Regierungskommission des Saargebietes zu eigen gemacht, aber auch gleichzeitig betont, daß die Zurückziehung der nach dem 31. Mai noch fünf Jahre im Saargebiet vorhandenen beiden französischen Regimenter nach und nach erfolgen müsse. — Man nimmt in Kreisen der saarländischen Delegation an, daß die endgültige Räumung des Saargebietes von französischen Truppen bis zum Herbst durchgeführt sein müßte.

Schluß der Tagung des Völkerbundrats.

wtb. **Genf,** 18. März. (Tel.) Der Völkerbundrat schloß heute nachmittag seine 29. Tagung. Er behandelte in der Schlußsitzung die Einsetzung des Ausschusses für das Studium der Frage der Ratserweiterung, ferner verschiedene Fragen zur Vorbereitung der Abrüstungskonferenz und den Antrag Chamberlains, betreffend den Beschluß des amerikanischen Senats über den Beitritt der Vereinigten Staaten zum Ständigen Internationalen Gerichtshof. Es wurde beschlossen, den Ausschuß zum Studium der Frage der Ratserweiterung zum 10. Mai nach Genf einzuberufen. Der Ausschuß soll unter Berücksichtigung aller Anregungen und etwaiger Ansprüche dem Rat sobald als möglich einen Bericht vorlegen, der gleichzeitig auch zur Information an die Mitgliedsstaaten des Völkerbundes weitergeleitet wird. Falls der Ausschuß sich nicht auf einen gemeinsamen Bericht einigen kann, soll er einen Mehrheits- und einen Minderheitsbericht vorlegen. Die Entscheidung über die weiteren Verhandlungsergebnisse steht in erster Linie dem Rat zu. Durch die Erstattung des Mehrheits- und des Minderheitsberichtes soll den Völkerbundsmitgliedern vor dem Zusammentritt der nächsten Völkerbundsversammlung alles Material für die vollständige Prüfung der Frage zugestellt werden können.

Der vorbereitende Ausschuß für die Abrüstungskonferenz wurde auf den 18. Mai nach Genf einberufen. Argentinien und Chile werden nachträglich noch eingeladen, Vertreter in den vorbereitenden Ausschuß zu entsenden, so daß dieser nunmehr 21 Staaten umfaßt, und zwar außer den Ratsmächten folgende Staaten: Deutschland, Vereinigte Staaten, Rußland, Jugoslawien, Bulgarien, Rumänien, Holland, Finnland, Polen, Argentinien und Chile. Der Ständige militärische Ausschuß des Völkerbundes soll am 19. oder 20. Mai zusammentreten. Die Mitglieder des Gemischten Ausschusses, die sich ebenfalls mit der Vorbereitung der Abrüstungskonferenz zu befassen haben, sollen verständigt werden, daß aller Wahrscheinlichkeit nach auch dieser Ausschuß wenige Tage später die Arbeiten aufnehmen soll. Auch der Gemischte Ausschuß wird außerdem noch um vier Vertreter Deutschlands, der Vereinigten Staaten, Japans und Räterußlands erweitert, die für Industrie- und Verkehrsfragen besonders qualifiziert sind. Auf englischen Antrag sollen ferner an den Arbeiten des Ständigen militärischen Ausschusses, sobald er zusammentritt, um mit dem vorbereitenden Ausschuß für die Abrüstungskonferenz zusammen zu arbeiten, auch die militärischen Fachverständigen sämtlicher im vorbereitenden Ausschuß vertretenen Staaten gleichberechtigt mitwirken. Ferner wurde ein Dreierkomitee aus den Ratsmitgliedern Japan, Schweden und der Tschechoslowakei gebildet, das dem Rat für seine Sommertagung zwei Berichte über die Wirkung regionaler Sicherheitspakte vorlegen soll, auf Grund deren dann der Rat der nächsten Völkerbundsversammlung über das Thema Schiedsgerichte und Sicherheit berichten wird.

Zu dem Beschluß des Senats der Vereinigten Staaten bezüglich deren Beitritt zum Ständigen internationalen Gerichtshof und der dazu gemachten Vorbehalte gab Chamberlain eine Erklärung des Inhalts ab, daß es nicht schwierig sein dürfte, zu einer Verständigung zu gelangen, die den Wünschen der Vereinigten Staaten Rechnung trage. Er schlug vor, eine Konferenz einzuberufen, bei der die Vertreter der Mächte, die das Statut des Ständigen internationalen Gerichtshofes unterzeichneten, mit dem Vertreter der Vereinigten Staaten eine neue Vereinbarung ausarbeiten würden. Der Rat beschloß, diese Staaten zu einer entsprechenden Konferenz zum 1. September nach Genf einzuladen. Nach der Kenntnisnahme der neuesten Erklärungen der Regierungen von Polen und Litauen über den litauisch-polnischen Grenzkonflikt vom 24. Februar schloß der Rat die Frühjahrstagung mit einer nichtöffentlichen Sitzung.

Der neue Präsident der Saarkommission.

wtb. **Genf,** 18. März. (Tel.) Der Rat ernannte in seiner heutigen öffentlichen Sitzung zum Nachfolger des bisherigen Präsidenten Raoult den Kanadier Stephens, der bereits seit mehreren Jahren der Regierungskommission angehört, zum Präsidenten der Regierungskommission des Saargebietes. Als französisches Mitglied tritt in die Regierungskommission für den endgültig ausscheidenden Raoult Morize, der bisherige Generalsekretär der Regierungskommission. Die übrigen Mitglieder der Regierungskommission wurden vom Rat für ein weiteres Jahr bestätigt.

Die Vollversammlung des Reichskohlenrats.

wtb **Berlin,** 18. März. (Tel.) In der heutigen Vollversammlung des Reichskohlenrats wurde der bisherige Vorsitzende, Oberbergrat von Velsen, Generaldirektor der Zeche „Hibernia", wiedergewählt. Im Anschluß hieran erstattete Berghauptmann Rennhold den Geschäftsbericht über das abgelaufene Kohlenjahr 1925. Er führte dabei u. a. aus: Inwieweit der sogenannte Ausleseprozeß und die mit ihm zusammenhängenden Arbeiterentlassungen bereits abgeschlossen seien, könne bei einer weiteren Rückläufigkeit des Absatzes noch nicht gesagt werden. Immerhin scheine die Arbeitslosigkeit im Ruhrbergbau ihren Höhepunkt überschritten zu haben. Der Schichtförderanteil für Hauer hob sich erfreulich. Er überschritt die letzte Friedenszahl im Dezember 1925 um reichlich 10 Prozent. Der gesamte Export von Ruhrkohle habe zusammen mit den Reparationslieferungen im Berichtsjahre die Friedensexportziffer um rund 3,25 Millionen Tonnen überschritten.

Diese Wiedereroberung des Auslandsmarktes durch die Ruhrkohle kostete aber große Preisopfer. Die Einbuße, die der Ruhrbergbau an Reparationslieferungen erlitt, werde auf monatlich 3 Millionen RM. angegeben. Vorderhand könne ein fühlbares Nachgeben in den allgemeinen Preisen vom Ruhrbergbau nicht erwartet werden. Als einziger Lichtblick in der deutschen Steinkohlenentwicklung komme die Förderung und der mengenmäßige Absatz West-Oberschlesiens in Frage. Es gelang dort, die Produktion um nahezu ein Drittel gegen 1924 zu steigern. Diese Entwicklung dürfe jedoch nicht in den Verhandlungen mit Polen zu einer Bindung Deutschlands auf ein irgendwie erheblicheres festes Kohlenkontingent führen. Die deutsche Gesamtförderung in Steinkohle (Braunkohle ist hierbei in Steinkohle umgerechnet) hat, bezogen auf die jetzigen Reichsgrenzen, erstmalig seit dem Kriegsende die entsprechenden Sätze des letzten Friedensjahres um rund 3½ Millionen Tonnen überschritten.

Die Uebersicht wurde abgeschlossen mit einem Ueberblick über die internationale Kohlenlage. Gegenüber den Bestrebungen nach einer internationalen Verständigung glaubt der Vortragende jedoch, daß der deutsche Kohlenbergbau noch in absehbarer Zeit auf sich selbst allein gestellt bleiben wird. Die Aussichten und Wege, das Höchstmögliche an Veredelung und Ausnutzung der Kohle herauszuholen, seien vorhanden.

In der Erörterung vertrat der Direktor des rheinisch-westfälischen Kohlensyndikats, Bergrat Herbig, die Auffassung, daß eine Besserung des Absatzes noch nicht abzusehen sei. Deshalb werde auch die Rationalisierung noch fortschreiten müssen. Später kam es zu einer Auseinandersetzung zwischen dem Reichskohlenkommissar, Geheimrat Stutz, und Arbeitnehmervertretern, wobei dieser in Rechtfertigung seiner Berichterstattung an den Reichskohlenrat sich dahin äußerte, daß sein Urteil über die sozialpolitischen Zusammenhänge im Kohlenbergbau weder von Arbeitgeber- noch von Arbeitnehmerseite beeinflußt sei. Es folgte dann der Bericht über die Tätigkeit der Sachverständigenausschüsse. Hier handelt es sich insbesondere um Studienmaßnahmen zur Verhütung von Betriebsunfällen. — Ein Antrag betr. Voraussetzung für waggonweise Bezüge von Brennstoffen (15-Tonnenbezug) wurde in der diesjährigen neuen Fassung genehmigt.

Die Steuermilderungen.

wtb. **Berlin,** 18. März. (Tel.) Der Steuerausschuß des Reichstages begann heute mit der allgemeinen Aussprache über den Gesetzentwurf, der die Steuermilderungen zur Erleichterung der Wirtschaftslage behandelt. Abg. Dr. Preyer (DN) erklärte, man dürfe keinesfalls allein die Umsatzsteuer senken, ohne auch die anderen für die Erleichterung der Wirtschaftslage besonders dringenden Anträge auf Senkung der Eintommensteuer, der Vermögenssteuer und Erbschaftssteuer, sowie der Realsteuern zu berücksichtigen. Auch eine Ermäßigung der Hauszinssteuer sei zu prüfen, ehe man alle zur Verfügung stehenden Mittel für die Senkung der Umsatzsteuer verwende. — Abg. Dr. Hertz (Soz.) setzt sich für eine noch stärkere Senkung der Umsatzsteuer ein und wendet sich gegen jegliche Herabminderung oder Erleichterung auf dem Gebiete der Vermögenssteuer, sowie der gesamten Realsteuern. — Abg. Dr. Gerecke (DN) stellte die Frage, ob bei den von der Regierung geplanten Steuersenkungen und den Mehrausgaben für 1926-27 der Betriebsmittelfonds noch erhalten bleibt.

Reichsfinanzminister Dr. Reinhold erwiderte, daß er eine Garantie für die Erhaltung des Betriebsmittelfonds am Ende des Jahres allerdings nicht übernehmen könne. Weitere Steuersenkungen als die von der Regierung vorgeschlagenen, seien nicht möglich. Irgendeine **Weinsteuersenkung oder eine Senkung der Biersteuer komme nicht in Frage.** Für Liquidationsschäden sollten außer den bereits zur Verfügung gestellten Mitteln noch weitere 80 bis 100 Millionen gegeben werden. — Die allgemeine Aussprache wird morgen fortgesetzt.

Die Aufgaben der Reichsbahn.

Generaldirektor Oeser über die Aufgaben der Reichsbahn.

wtb **Berlin,** 18. März. (Tel.) Heute abend fand beim Generaldirektor der Deutschen Reichsbahngesellschaft ein parlamentarischer Abend statt, auf dem Generaldirektor Dr. Oeser etwa folgendes ausführte:

Die Deutsche Reichsbahngesellschaft als Trägerin von 40 v. H. Reparationslasten muß ihre Erwerbsaufgaben in Einklang bringen mit den volkswirtschaftlichen Interessen Deutschlands. Alle Verwaltungsmaßnahmen werden bestimmt durch ihre finanzielle Auswirkung. Letzthin sind im Zusammenhang mit dem Dawesgutachten die deutschen Unterhändler in London als „Sachwalter fremder Nationen" gebrandmarkt worden. Man muß sich aber klar machen, was Deutschland damals drohte. Aus der Reichsbahn sollte eine Privatgesellschaft mit internationalem Kapital gemacht werden. Statt dessen haben die Unterhändler erreicht, daß die Eisenbahnen im Eigentum des Reiches geblieben sind. Das deutsche Reichsbahngericht wird weiter zu sprechen haben. Die Angriffe gegen die Reichsbahn wegen übertriebenen Aufwandes und Verschwendung haben sich bei näherer Nachforschung stets als haltlos erwiesen. Der Reichsbahn wird vorgeworfen, sie verweigere die Bilanzprüfung. Zum Zwecke der Selbstkontrolle hat die Deutsche Reichsbahngesellschaft Prüfungsämter geschaffen, die die Wirtschaftsprüfung durchführen. Die Reichsbahn hat sich finanziell aus eigenen Kräften saniert, den Betrieb und Verkehr neu aufgebaut und verbessert und vor allem nach den Vorschriften des Gesetzes die Reparationszahlungen auch pünktlich erfüllt. Aus einem Defizitbetrieb wurde in kurzer Zeit ein Ueberschußbetrieb. Wie soll es nun finanziell weiter gehen? Anleihen müssen aufgenommen werden. Schwerwiegend ist die Tatsache des ständigen Zurückganges der Einnahmen. Durch politische Lasten ist eine weitere unerhörte Belastung entstanden, die aus der Demobilmachungsbestimmung herrührt. Sie legen noch jährlich 220 Millionen Mark Personalausgaben auf die Reichsbahn. So kann es nicht weitergehen. Man muß sich klarmachen, wie sich die Reichstagsanträge finanziell auswirken. Die in der Reichstagssession gestellten Anträge würden bei ihrer Verwirklichung eine neue jährliche Belastung von 146 Millionen Mark bedeuten.

Wesentliche Neuerungen sind im Verkehrs- und Betriebsdienst der Reichsbahn vorgenommen worden. Besondere Berücksichtigung erfordert die Werbetätigkeit mit dem Ziel, möglichst viel Verkehr über deutsche Bahnen zu leiten. Diesen Bestrebungen ist der Erfolg nicht versagt geblieben. Der Durchfuhrverkehr hat sich im letzten Jahre bereits verdoppelt. Die Lieferfristen der Vorkriegszeit konnten wieder eingeführt werden, denn die Güterzüge fahren teilweise mit Personenzugsgeschwindigkeit. Die erzielten Verbesserungen sind bekannt. Wesentliche soziale Erleichterungen schaffen die billigen Verwaltungs-Sonderzüge, das sind Ferien-, Sport- und Sonntagszüge. Im internationalen Verkehr wirken die tiefstehenden Währungen der Nachbarländer sehr hemmend. Trotzdem läuft im internationalen West-Ostverkehr ein Expreßzug Paris—Moskau—Sibirien und im Nord-Südverkehr ein Expreßzug Berlin—Schweiz—Italien, der Berlin mit Rom in 35 Stunden verbindet. Bei allen Fragen des Tarifwesens muß beachtet werden, daß jeder Verfrachter und jeder

Reisende für den Transport auf der Reichsbahn einen Teilbetrag zur Reparationszahlung leistet, aber auch hier sind bereits große Erleichterungen eingeführt worden. Der Normaltarif wird einer Durchsicht unterzogen. Dabei werden die Wirtschaftskreise weitgehend gehört. Die Umstellung der Reichsbahn auf kaufmännische Geschäftsführung tritt auch besonders in der Einzelabrechnung der Reichsbahnbezirke in Erscheinung. Jeder Bezirk soll zukünftig seine Gewinn- und Verlustrechnung und Bilanz aufstellen. Die Ausführungen Dr. Oesers wurden von der Versammlung mit Beifall aufgenommen.

Deutscher Reichstag.

179. Sitzung.

VDZ. **Berlin,** 18. März. (Tel.) Die Vorlage betreffend Einsetzung eines Wirtschaftsenauetausschusses wird dem Wirtschaftsausschuß überwiesen. Die Einzelberatung des Etats des Ministeriums des Innern wird beim Abschnitt **gesundheitliche Fragen** fortgesetzt.

Abg. Dr. Haedenkamp (DN.) empfiehlt Gesundheitsunterricht in den Schulen und tritt für stärkere Pflege der Leibesübungen unter Zurückweisung der Nacktkultur und für eine einheitliche Gesetzgebung auf dem Gebiete der Ausbildung über Krankenpflegepersonal ein.

Abg. Dr. Moses (Soz.) führt aus, Gesundheit und Wohnungspolitik sei vor allem guter Lohn. Man solle vor allem dafür Sorge tragen, daß die Sterblichkeit geringer werde. Die Schlösser und Parks der Fürsten müßten in den Dienst der Volksgesundheit gestellt werden. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Dr. Schreiber (Z.): Wir bringen von dieser Stelle aus dem Leiter des Reichsgesundheitsamtes unsere wärmste Anerkennung entgegen. Wir danken ihm auch für das, was er zur Bekämpfung der Tuberkulose geleistet hat. (Beifall.) Leider legen die Finanzverhältnisse die Weiterentwicklung der hygienischen Gesetzgebung geradezu lahm. Die Reichsgesundheitswoche müßte jedes Jahr wiederkehren. Die Düsseldorfer Ausstellung für Gesundheitspflege usw., die am 8. Mai eröffnet wird, ist ein bedeutsames Zeichen für die Energie unseres Volkes.

Abg. Sparrer (Dem.) spricht dem Reichsgesundheitsamt die Glückwünsche seiner Fraktion zum 50. Jubiläum aus. Das Reichsgesundheitsamt, das sich weit über die Grenzen des Deutschen Reiches hinaus des größten Ansehens erfreut, sollte innerhalb der Verwaltung eine freiere, selbständigere Stellung erhalten. Der Redner tritt für die baldige Verabschiedung des Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten ein und fordert die Vorlage eines Gesetzes zur Reglung des Arzneimittelverkehrs. Eine gewisse Konzessionierung für die Fabrikanten von Heilmittel sei notwendig, soweit es sich nicht um wissenschaftliche und der chemischen Großindustrie handelt. Die zur Förderung der Volksgesundheit ausgeworfenen Reichsmittel seien viel zu gering. Eine größere öffentliche Fürsorge sei vor allem notwendig für die Hausfrauen des Mittelstandes. Auch ihnen müßten die Wohltaten der öffentlichen Heil- und Erholungsstätten zuteil werden.

Abg. Petzold (W. V.) bedauert gleichfalls die Geringfügigkeit der zur Förderung der Volksgesundheit ausgeworfenen Mittel. Die dankenswerte Tätigkeit des Reichsgesundheitsamtes und seines Leiters habe aber bewiesen, daß die deutsche Wissenschaft auch mit geringen Mitteln Großes leisten kann. Der Massenerzeugung unkontrollierbarer Arzneimittel müsse ein Riegel vorgeschoben werden, um das Volk vor Schwindelmitteln zu bewahren. Die bisherige Beschränkung des Arzneimittelhandels außerhalb der Apotheken ginge zu weit. Gegen die Selbstversorgung der Krankenkassen mit Arzneimitteln seien große Bedenken vorzubringen.

Ein Regierungsvertreter betont die Bedeutung der Reichsgesundheitswoche, die abseits von aller Politik die Gesundheitspflege ins Volk tragen wolle. Der Gesundheitszustand des Volkes habe sich in der letzten Zeit gebessert, wenn auch das Anwachsen der Erwerbslosenziffer zu gewissen Rückschlägen geführt habe.

Abg. Graf v. Lerchenfeld (Bayr. Vp.) schließt sich der allgemeinen Anerkennung für die Tätigkeit des Reichsgesundheitsamtes und seines Leiters an. Das Reich habe im Gesundheitswesen große Aufgaben zu erfüllen, aber es dürfe dabei nicht zuviel in die Angelegenheiten der Länder hineinregieren.

Der Präsident des Reichsgesundheitsamtes, Geh. Rat **Bumm,** spricht darauf, auch im Namen seiner Mitarbeiter, dem Reichstag seinen tiefgefühlten Dank aus für die Worte warmer Anerkennung, die der Tätigkeit des Amtes anläßlich des bevorstehenden Jubiläums gewidmet worden sind. Der Redner erklärt, er habe in seiner langen Tätigkeit unter 18 Reichsministern sich immer bemüht, mit den amtlichen Stellen des Reiches, der Länder und der Gemeinden verständnisvoll zusammenzuarbeiten. Er freue sich der Anerkennung, die ihm jetzt kurz vor dem Ausscheiden aus dem Amte zuteil werde. Das Reichsgesundheitsamt werde weiter den Kampf gegen Tuberkulose, Geschlechtskrankheiten und andere Volksseuchen führen. Geheimrat Bumm schloß mit der Bitte, daß der Reichstag das ihm bewiesene Wohlwollen auch auf seinen Amtsnachfolger übertragen möge. (Lebhafter Beifall.)

Damit schließt die Aussprache und es folgen die vorher zurückgestellten

Abstimmungen zum Haushalt des Reichsministeriums des Innern.

Die Mißtrauensanträge gegen den Reichsinnenminister Dr. Külz abgelehnt.

Der Antrag der Deutschnationalen, der dem Reichsinnenminister Dr. Külz das **Mißtrauen** des Reichstages aussprechen will, kommt zur **namentlichen Abstimmung.** Von den Kommunisten liegt gleichfalls ein Mißtrauensantrag gegen den Minister vor. Vor der Abstimmung gibt **Abg. Stöcker** (Kom.) eine Erklärung ab, in der es heißt, die **kommunistische Fraktion** sehe in dem deutschnationalen Mißtrauensantrag einen monarchistisch-reaktionären Vorstoß im Sinne des deutschnationalen Diktaturplanes. Darum würden sie sich der **Stimme enthalten.** (Laute Aha-Rufe rechts.) Dem Reichsinnenminister brächten die Kommunisten das schärfste Mißtrauen entgegen. Sie hätten das in einem besonderen Mißtrauensantrag ausgesprochen.

Der **kommunistische Mißtrauensantrag** wird zunächst in einfacher Abstimmung gegen die Antragsteller **abgelehnt.**

Die **namentliche Abstimmung ergibt die Ablehnung des deutschnationalen Mißtrauensantrages** mit 252 gegen 97 Stimmen bei 41 Enthaltungen. Dafür haben die Deutschnationalen, die Völkischen und der aus der KPD. ausgeschlossene Abg. Katz gestimmt. Das Abstimmungsergebnis wird von der Mehrheit mit Beifall begrüßt.

Ein Antrag Dr. Scholz (DVp.) auf **Einsetzung eines besonderen Ausschusses zur Nachprüfung der Reichsverfassung** wird gegen die Deutschnationalen, die Völkischen und die Deutsche und die Bayrische Volkspartei **abgelehnt.** Mit der gleichen Mehrheit wird auch ein Antrag Schultz-Bromberg (DN.) abgelehnt, der einen Antrag Dr. Scholtz (DVp.) über die Heraufsetzung des Wahlalters und Aenderung der Reichsfarben dem Rechtsausschuß überweisen will. Die gleiche Mehrheit lehnt den Teil des Antrages Scholz ab, der sich auf die **Aenderung der Reichsfarben** bezieht.

Als der große Teil über die Heraufsetzung des Wahlalters zur Abstimmung kommen soll, erklärt **Abg. Schultz-Bromberg** (DN.), diese Frage könne nur im Zusammenhang mit einer Verfassungsrevision im Ausschuß gelöst werden. Nach Ablehnung der Ausschußberatung müßten seine Freunde jetzt auch den Antrag selbst ablehnen. (Große Heiterkeit.) Der Antrag wird abgelehnt. Gegen die Deutschnationalen, die Völkischen, die Deutsche und Bayrische Volkspartei werden auch **alle weiteren Anträge abgelehnt, die auf Verfassungsänderungen hinzielen.**

Angenommen wird ein Antrag, der die baldige Vorlegung des Reichsschulgesetzes verlangt.

Der Haushalt des Reichsinnenministeriums wird im übrigen ohne wesentliche Aenderungen nach den Vorschlägen des Ausschusses angenommen.

Ohne Aussprache wird dann der Antrag der Regierungsparteien auf Aussetzung der Verkündung des vom Reichstag beschlossenen Gesetzes zur **Vereinfachung des Militärstrafrechts** angenommen. Dagegen stimmten die Sozialdemokraten und die Kommunisten.

Präsident Loebe stellt fest, daß der Beschluß mit der in solchen Fällen erforderlichen Stimmenzahl von einem Drittel der Reichstagsmitglieder gefaßt worden ist. Die in dem Gesetz enthaltene **Bestimmung der sofortigen Dienstentlassung bei Duellvergehen tritt also noch nicht in Kraft.**

Die am letzten Freitag abgebrochene zweite Beratung des Allgemeinen Pensionsfonds wird hierauf fortgesetzt.

Abg. Frick (Völk.) führt aus, eine Pensionskürzung der Beamten und Offiziere sei nach dem Beamtenrecht nicht zulässig, es sei aber ein unerträglicher Zustand, daß das Beamtenpensionsgesetz auch auf die aus den Aemtern geschiedenen parlamentarischen Minister angewandt werde. Unbedingt erforderlich sei eine besondere gesetzliche Reglung der Frage, wie die aus dem Amte scheidenden parlamentarischen Reichskanzler, Minister und Staatssekretäre zu versorgen sind.

Um 5½ Uhr wird auf Antrag des Abg. Rönneburg (Dem.) die Weiterberatung auf Freitag 1 Uhr vertagt. Auf der Tagesordnung steht außerdem der Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums.

Preußischer Landtag.

144. Sitzung.

pdz. **Berlin,** 18. März. (Tel.) Ohne Aussprache überweist das Haus dem Hauptausschuß den Entwurf eines Ausführungsgesetzes zum Jugendwohlfahrtsgesetz, der die Kostenfrage enthält. Ferner Entwürfe zur Bereitstellung von Staatsmitteln zur Urbarmachung von staatlichen Mooren zur Ausführung von Bodenverbesserungen auf staatlichen Domänenvorwerken, sowie zur Vermehrung und Verbesserung von Arbeiterwohnungen auf den Domänen. Dem Rechtsausschuß wurden 3 Entwürfe wegen Aenderung von Amtsgerichtsbezirken in Schlesien und Ostpreußen überwiesen. An den Verfassungsausschuß geht die Vorlage über Aenderung der preußischen Staatsgebiete, die gegen Frankreich eine kleine Grenzberichtigung im Kreise Saarburg festlegt.

Die Vorlage über die Bestellung von Mitgliedern des Reichsrates durch die Provinzialverwaltungen wird unter allseitiger Zustimmung an den Verfassungsausschuß zur nochmaligen Prüfung zurückverwiesen.

die zweite Beratung über die Hauszinssteuer.

wird darauf fortgesetzt. **Abg. Stendel** (DVp.): Der Hauptausschuß hat Verbesserungen in dem Entwurf vorgenommen, aber nicht in genügender Weise. Zu unserem großen Bedauern ist die Besteuerung der landwirtschaftlichen Gebäude in das Gesetz hineingekommen. Wir geben der Hoffnung Ausdruck, daß sich eine Mehrheit auch mit Einschluß des Zentrums gegen die Heranziehung finden wird. Eine Objektsteuer, ohne Rücksicht auf die Rentabilität die gewerblichen Räume zu besteuern, lehnen wir ab. Wir beantragen weiter die Hauszinssteuer für Hotels und Pensionsbetriebe in Bädern nur in der Saison zu erheben. Da man im Reich das Finanzausgleichsgesetz auf eine andere Basis stellen will, sind wir für Befristung des Gesetzes bis 1927. In der Fassung, wie heute das Gesetz vorliegt, können wir nicht dafür stimmen.

Der **Abg. Meyer-Solingen** (Soz.) betont, auch die Sozialdemokratie sei nicht einverstanden mit der Hauszinssteuer, eine gerechtere Staffelung mache aber das Reichsgesetz unmöglich. Der Redner polemisiert gegen die Finanzpolitik des früheren Reichsfinanzministers von Schlieben. Besonders zu begrüßen sei die Einbeziehung der Landwirtschaft. Man könne nicht einen Stand ausnehmen, weil er Not leide. Alle Stände litten ja heute Not. Wo die Landwirtschaft nicht zahlen könne, sei durch die Neuregelung die Möglichkeit der Ermäßigung und auch der Niederschlagung gegeben.

Abg. Ladendorff (WV.) bezeichnet das Hauszinssteuergesetz als Musterbeispiel dafür, wie oberflächlich und verständnislos gegenüber den elementarsten Forderungen von Recht und Gerechtigkeit im heutigen Gesetzgebungswirrwarr vorgegangen werde. Die Vorlage sei geradezu eigentumsfeindlich, denn sie lasse die eigentlichen Inflationsgewinnler frei, nämlich die Eigentümer der Großbanken und Industriepaläste. Die Hausbesitzer würden als Inflationsgewinnler bezeichnet, weil sie ihre Sachwerte erhalten hätten. Die Sache hätten sie wohl, nicht aber den Wert. (Sehr richtig! rechts.) Trotz aller Hauszinssteuererhöhungen usw. wachse, wie der preußische Wohlfahrtsminister selbst an Hand von Zahlenbeispielen erklärt, die Wohnungsnot von Jahr zu Jahr. Der Redner wünscht in einem Antrage, daß der Hausbesitzer 10 Prozent von der eingehenden Miete für unvorhergesehene Ausgaben im Interesse der Erhaltung der Altwohnungen abziehen kann. Auch aus dem Hauszinssteueraufkommen müßte endlich ein entsprechender Teil für den alten Hausbesitz abgezweigt werden. Die Wirtschaftliche Vereinigung lehne das vorliegende Gesetz ab, weil dadurch der Staatssozialismus verankert werden soll.

Finanzminister Dr. Hoepker-Aschoff betont die Notwendigkeit, das vorliegende Gesetz zu machen. Es sei aus rechtlichen Gründen notwendig wegen der grundsatzgebenden Reichsgesetzgebung und aus finanziellen, weil durch das Reich die Hauszinssteuer zum wesentlichen Bestandteil des Finanzausgleichs gemacht wurde. Die Erhöhung dieser Steuer komme in Preußen zum größten Teil der Neubautätigkeit und Wohlfahrtspflege zugute. Die Staatsregierung sei bereit, im Rahmen des vom Reiche gelassenen Spielraumes das Gewerbe zu schonen. Eine wirkliche Handlungsfreiheit sei den Ländern aber nur bei der Landwirtschaft gelassen.

Damit ist die 2. Beratung der Hauszinssteuer bis auf die Abstimmung, die am Freitag erfolgt, beendet.

Um 4¾ Uhr vertagt sich das Haus auf Freitag mittag 12 Uhr.

Die Fürstenabfindungen.

wtb **Berlin,** 18. März. (Tel.) In der heutigen Sitzung des Rechtsausschusses des Reichstages konnte noch nicht die Generaldebatte über den neuen **Kompromißentwurf** zur Auseinandersetzung mit den Fürstenhäusern eröffnet werden, weil man sich mit den inzwischen eingegangenen **Aeußerungen verschiedener Landesregierungen** zu beschäftigen hatte. **Preußen** spricht sich für die rückwirkende Kraft des Reichsgesetzes aus, Baden und Braunschweig dagegen. Der **thüringische Finanzminister** Dr. v. Klüchtner sprach sich gegen die Wiederaufrollung aller thüringischen Auseinandersetzungsfälle aus. Die frühere sozialdemokratische Regierung sei den Fürstenhäusern in manchen Fällen mehr entgegengekommen als die bürgerliche Regierung. Der sozialdemokratische Rechtsanwalt Wolfgang Heine habe ihm, dem Minister, erst heute erklärt, daß nach seiner Meinung bei einer Wiederaufrollung der bereits abgeschlossenen Auseinandersetzungsfälle für das Land Thüringen nicht viel herauskommen würde. Die in der Presse erörterten thüringischen Anleihen hätten mit der Auseinandersetzung gar nichts zu tun. Als nicht materiell erledigt wären nach der Meinung der thüringischen Regierung vor allem die Gothaer Auseinandersetzung dem Sondergericht zu unterbreiten, wobei auch das Besitzrecht an den Schmalkaldener Forsten zu entscheiden wäre. Allgemein sei es wünschenswert, die Entscheidung der Aufwertungsfragen dem Sondergericht zu überlassen. An die Erklärung des Ministers knüpfte sich eine lebhafte Aussprache, in der thüringische Einzelfragen aus den verschiedenen Auseinandersetzungsfällen erörtert wurden.

Für die Landesregierung von **Mecklenburg-Schwerin** gab Minister von Oertzen die Erklärung ab, die Regierung betrachte die Auseinandersetzung nicht nur mit dem ehemaligen Großherzog, sondern auch mit seinem ganzen Hause als endgültig erledigt. Der noch schwebende Streit über die Aufwertung der Kapitalrente werde durch die dafür eingesetzte Instanz entschieden werden. Eine Rückwirkung des Gesetzes halte die mecklenburgische Regierung nicht für zweckmäßig.

Am Freitag wird die Generaldebatte über den neuen Kompromißentwurf beginnen.

Aus Nah u. Fern.

Verurteilung wegen Unterschlagung. — Freispruch trotz Geständnis.

wtb. **Saarbrücken,** 18. März. (Tel.) Heute fand in Saarbrücken die Verhandlung gegen den Kaufmann Eduard Hesse, den Ministerialamtmann Spurcer, den Steuerinspektor Hoß und den Steuerinspektor Schmitt wegen Unterschlagung und passiver Bestechung statt. Der Kaufmann Hesse hatte als amtlicher Stempelverteiler in den Jahren 1923 bis 1925 die Summe von 624 400 Franken veruntreut. Dies war ihm dadurch möglich, daß mit der Einführung der Frankenwährung im Saargebiet die Kontrolle seitens der staatlichen Behörden plötzlich aufhörte. Die Anklage wirft den mitangeklagten Beamten vor, daß sie durch Bestechung und Annahme von Geschenken zur Einstellung der Kontrolle veranlaßt worden seien. Die angeklagten Beamten gestanden, von Hesse Scheks und Darlehen erhalten zu haben und zwar Spurcer in Höhe von 30 000 Franken, die beiden anderen in Höhe von je 7500 Franken. Trotzdem lautete das Urteil gegen sie auf Freisprechung, die damit begründet wurde, daß zwar ohne Zweifel Unkorrektheiten vorgekommen seien, daß diese aber auf disziplinarischem Wege geahndet werden müßten. Hesse wurde zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt hatte gegen Hesse drei Jahre, gegen Spurcer, Schmitt und Hoß je ½ Jahr Gefängnis beantragt.

Gedächtnisfeier für die Märzgefallenen.

wtb. **Berlin,** 18. März. (Tel.) An der heutigen Gedächtnisfeier für die Märzgefallenen beteiligten sich mehrere tausend Personen. Sie versammelten sich auf der Treptower Spielwiese, wo mehrere Redner Ansprachen hielten und marschierten mit Musik zu dem Friedhof der Märzgefallenen nach Friedrichshain, wo Kränze niedergelegt wurden. Die Feier verlief ohne Zwischenfall.

Strafantrag in einem Meineidsprozeß.

pw. **Berlin,** 18. März. (Tel.) In dem Prozeß gegen den Oberstaatsrat Dr. Höffcher und Genossen, die angeklagt waren, in dem Ehescheidungsprozeß Höffchers unter Eid falsche Aussagen gegen die Frau Höffchers gemacht zu haben, beantragte der Staatsanwalt wegen Meineids gegen Dr. Höffcher ein Jahr Zuchthaus und gegen die beiden Mitangeklagten Scidat und Viergutz drei Jahre drei Monate Zuchthaus, außerdem je fünf Jahre Ehrverlust für alle drei Angeklagten.

Ein falscher Arzt wegen Diebstahls verurteilt.

pw. **Berlin,** 18. März. (Tel.) Vor dem Berliner Schöffengericht stand heute der falsche Arzt Franz Bartels, den die Anklage zahlreicher Diebstähle beschuldigt. Bartels stammt aus einer guten österreichischen Beamtenfamilie. Er war während des Krieges wegen verschiedener Diebstähle als Offizier degradiert worden. Als er dann in einem Lazarett lag, erwachte in ihm der Drang zur medizinischen Wissenschaft. Da seine Immatrikulation wegen mehrerer erlittener Strafen nicht möglich war, fälschte er Zeugnisse und auch ein Doktordiplom, nachdem er sich vorzügliche medizinische Kenntnisse erworben hatte. Jahrelang war er mit bestem Erfolg in einer Wiener Klinik als Assistenzarzt tätig, später als Sekundärarzt am Rudolfinenheim in Wien. Wie der Gerichtsarzt als Sachverständiger erklärte, verfügt der Angeklagte über hervorragende medizinische Kenntnisse. Viele Personen verdankten seinen operativen Eingriffen ihr Leben. Der Angeklagte räumte die ihm zur Last gelegten Diebstähle ohne weiteres ein und begründete sie mit seinem unheilvollen Sammlerdrang. Das Gericht verurteilte Bartels zu einem Jahr und einer Woche Gefängnis.

Unterschlagungen in einem Berliner Studentenheim.

pw. **Berlin,** 18. März. (Tel.) Der 25 Jahre alte serbische Staatsangehörige Muschin, der in einem Büro eines Berliner Heims ausländischer Studenten angestellt war, ist nach Unterschlagung von 6000 Mark flüchtig geworden.

Festnahme eines Banknotenfälschers.

wtb. **Breslau,** 18. März. (Tel.) Wie die Breslauer Neuesten Nachrichten aus Beuthen melden, ist der Beuthener Kriminalpolizei die Verhaftung des langgesuchten Banknotenfälschers Oskar Reichert aus Magdeburg gelungen, der am 1. Oktober vor. Jahres aus der Strafanstalt in Görlitz ausgebrochen war. Er soll die viel in Oberschlesien aufgetauchten falschen 5- und 10-Rentenmarkscheine, die zumeist durch „Handmalerei" wergestellt waren, angefertigt haben. Das zu den Fälschungen erforderliche Material wurde bei ihm vorgefunden.

Untergang eines italienisches Dampfers.

wtb. **London,** 18. März. (Tel.) Ein italienischer Dampfer sank auf offener See an der Küste von Cornwall nach einem Zusammenstoß mit einem britischen Dampfer. Man fürchtet, daß 21 Mann der Besatzung ertrunken sind.

Letzte Funkmeldungen.

Die Großhandelsindexziffer gestiegen.

wtb. **Berlin,** 19. März. (Funkspruch.) Die auf den Stichtag des 17. März berechnete Großhandelsindexziffer des statistischen Reichsamtes ist gegenüber dem Stande vom 10. März (117,6) um 0,2 Prozent auf 117,8 Prozent gestiegen.

Wegen Mädchenmordes verurteilt.

wtb. **Berlin,** 18. März. (Funkspruch.) In dem Prozeß gegen den Fischer Schütz wegen Mordes an der 28jährigen Marta M. verurteilte das Gericht den Angeklagten zu 4 Jahren Gefängnis unter Anrechnung von 10 Monaten Untersuchungshaft.

1 Million Gulden Zollstrafe.

wtb **Danzig,** 19. März. (Funkspruch.) Das hiesige Schöffengericht verurteilte gestern einen Expedienten, der in Gemeinschaft mit anderen Personen aus dem Freilager einer Firma unter Benutzung unerlaubter Mittel größere Posten Textilwaren der Zollkontrolle entzogen hatte, wegen fortgesetzten Vergehens gegen das Zollgesetz zu 973 023,60 Gulden Geldstrafe und außerdem wegen Bandenschmuggels zu 3 Monaten Gefängnis.

Kein Battistidenkmal in Bozen.

wtb. **Wien,** 19. März. (Funkspruch.) Wie ein Zeitungskorrespondent erfahren haben will, wurde infolge des Einspruchs der Familie Battisti von der Errichtung eines Battistidenkmals in Bozen Abstand genommen. Dafür solle ein Gedenkstein für Groß-Italien in diesem Sommer zur Enthüllung kommen. Eine Bestätigung dieser Nachricht von italienischer Seite liegt nicht vor.

Oesterreichs Nationalrat.

wtb. **Wien,** 18. März. (Funkspruch.) Der Nationalrat genehmigte heute die Zolltarifnovelle und das sozialpolitische Ermächtigungsgesetz. Auf Antrag des Christlichsozialen Schönsteiner wurde der christlichsoziale und großdeutsche Antrag auf Reform des Pressegesetzes einem Sonderausschuß überwiesen. Christlichsoziale und Großdeutsche unterbreiteten gemeinsam einen Antrag auf Erhöhung einzelner Eisenzölle.

Deutscher Dampfer wegen Spritschmuggels beschlagnahmt.

wtb **Oslo,** 19. März. (Funkspruch.) Der deutsche Fischdampfer „Deutschland" wurde gestern von Zollfahrzeugen nach Trondhem eingebracht. Der Dampfer hatte 55 000 Liter Sprit an Bord. Der größte Teil der Besatzung wurde verhaftet.

Die Londoner Arbeitszeitkonferenz.

wtb. **London,** 19. März. (Funkspruch.) Wie zuverlässigst verlautet, wurde in der Sitzung der internationalen Arbeitszeitkonferenz die Frage des Artikels 14, der eine der Hauptschwierigkeiten der Konferenz bildet, erörtert. Um halb neun Uhr abends trat eine Pause ein, nach deren Beendigung die Beratungen weitergeführt werden.

Erdbeben in Italien.

wtb. **Rodi,** 19. März. (Funkspruch.) In Castelrosso wurde gestern nachmittag bei einem schweren Erdbeben eine Person getötet und 3 schwer verletzt. 70 Häuser wurden zerstört und mehrere beschädigt. Der Herd des Erdbebens scheint im südlichen Anatolien zu liegen. Auch in Rodi wurden sehr heftige wellenförmige Erdstöße wahrgenommen, die 40 Sekunden dauerten. Schaden wurde hier nicht angerichtet.

Schiffsbrand auf See.

wtb. **Kapstadt,** 18. März. (Funkspruch.) Der 7737 Tonnen große britische Dampfer Paparoa ist 500 Meilen von Kapstadt in Brand geraten. Die Besatzung und die Passagiere wurden von anderen Schiffen gerettet.

Amtliche Berliner Devisenkurse.

	17. März		18. März		v. dem
	Geld	Brief	Geld	Brief	Kriege
Buenos-Aires . .	1.634	1.638	1.651	1.655	1.78
Canada 1 Can. D.	4.180	4.190	4.180	4.190	
Japan	1.900	1.904	1.899	1.903	2.09
Konstantinopel 1 L.	2.17	2.18	2.17	2.18	18.45
England	20.389	20.441	20.395	20.447	20.43
New York 1 D. .	4.19	4.20	4.19	4.20	4.20
Rio de Janeiro .	0.607	0.609	0.603	0.605	1.63
Uruguay 1 Goldpf.	4.255	4.265	4.255	4.265	
Holland 100 Guld.	168.07	168.49	168.50	168.75	168.75
Athen 100 Drach.	5.85	5.87	5.85	5.87	81.00
Belgien 100 Fr..	17.04	17.08	16.98	17.02	81.00
Danzig 100 Guld.	80.87	81.07	80.88	81.08	81.07
Finnland 100 M.	10.55	10.59	10.55	10.59	81.00
Italien 100 Lire .	16.83	16.87	16.83	16.87	81.00
Jugoslawien . .	7.38	7.40	7.38	7.40	81.00
Dänemark 100 Kr.	109.91	110.19	109.84	110.12	112.50
Lissabon 100 Esc	21.27	21.32	21.27	21.32	4.53
Oslo 100 Kr. . .	90.17	90.39	89.39	89.61	112 50
Paris 100 Frk. .	15.03	15.07	15.04	15.08	81 00
Prag 100 Kr. . .	12.41	12.45	12.41	12.45	85.06
Schweiz 100 Frk.	80.74	80.94	80.73	80.93	81.00
Sofia. .100 Leva	3.03	3.04	3.03	3.04	81.00
Spanien 100 Pes.	59.07	59.21	59.07	59.21	81.00
Schweden 100 Kr.	112.36	112.64	112.38	112.66	112.50
Wien 100 Schill.	59.18	59.32	59.16	59.30	59.07
Budapest 100 000	5.87	5.89	5.87	5.89	85.06

Ausschußsitzung des Eisen- und Stahlwaren-Industriebundes.

Der Eisen- und Stahlwaren-Industrieverband, die Spitzenorganisationen der deutschen Eisen- und Stahlwarenindustrie, hielt am Dienstag in Elberfeld seine diesjährige ordentliche Ausschußsitzung ab, in der die satzungsgemäßen Regularien zur Erledigung kamen.

Der erste stellvertretende Vorsitzende des Bundes, Direktor Karl Zell, Ohligs, eröffnete die Sitzung und begrüßte die erschienen Ausschußmitglieder. Er bedachte mit ehrenden Worten des am 20. Februar verschiedenen Ausschußmitgliedes Fabrikant Gustav Wippermann, Köln, und des am 3. März verschiedenen Vorstandmitgliedes Gottlieb Corts, Remscheid. Die Versammlung ehrte die Verstorbenen durch Erheben von den Sitzen.

Sodann sprach der Vorsitzende über „Die augenblickliche Wirtschaftslage". Er stellte fest, daß von irgendeiner Besserung der Lage der Eisen- und Stahlwaren-Industrie noch nichts zu spüren sei. Im Gegenteil sind die Arbeitslosenziffern gerade in den Bezirken, in denen diese Industrie heimisch ist, noch im Februar um teilweile 10 Prozent gestiegen. Die Zahl der Konkurse ist zwar in den letzten zwei Monaten etwas zurückgegangen. Es ist indessen festzustellen, daß von den Konkursen und Geschäftsaufsichten größere Werte erfaßt worden sind, als in den früheren Monaten, ein Zeichen dafür, daß von der Wirtschaftsnot jetzt auch ältere und kräftigere Betriebe erfaßt werden. Der Redner ging dann auf die Maßnahmen der Reichsregierung ein, die sie im Hinblick auf eine Preissenkung der Inlandserzeugnisse ergreift und die die Industrie dankbar anerkennt, ohne daß sie mit ihnen sich restlos einverstanden erklären kann. Auf dem Gebiet der Steuerermäßigungen sind manche Wünsche offen. Der Kredit von 100 Millionen ℳ an die Reichsbahn ist zu begrüßen, da gerade die Eisen- und Stahlwarenindustrie zu einem sehr großen Teil auf Bestellung der Reichsbahn angewiesen ist. Weiter erwähnte er den Russenkredit von 300 Millionen ℳ und die Exportkreditversicherung zu der die Regierung 10 Millionen beitragen will. Ob diese Maßnahmen, den erwünschten Erfolg haben werden ist noch sehr fraglich. Insbesondere betonte er, daß nun endlich einmal die Eisen- und Stahlwarenindustrie auch beim Russenkredit entsprechend berücksichtigt würde, da Rußland für die Eisen- und Stahlwaren im Frieden der größte Absatzmarkt war.

Es sind Zeichen vonhanden, daß die augenblickliche Wirtschaftskrise ihren Höhepunkt erreicht hat. Bei allem Optimismus kann aber mit einer baldigen Besserung noch nicht gerechnet werden. Dazu scheinen zwei Dinge unbedingte Erfordernisse zu sein: 1. Die Stärkung des inneren Marktes und 2. die Ersetzung des verlorengegangenen Wirtschaftskapitals des Innenmarktes kann nur durch eine Preissenkung geschehen. Ein gesetzlicher Preisabbau wird kaum dazu beitragen, am ehesten wird die Erleichterung der Steuerlasten zum Ziele führen.

Von der Schwerindustrie muß die Eisen- und Stahlwarenindustrie zweierlei erwarten: eine Herabsetzung der Preise und die Milderung der Zahlungsbedingungen. Eine weitere Maßnahme zur Hebung des Innenmarktes ist die Belebung des Baumarktes, von der sehr viele Industrien abhängig sind. Die Mittel aus der Hauszinssteuer müssen dem Baumarkt zur Verfügung gestellt werden.

Der Auslandsmarkt zeigt leichte Ansätze zu einer Besserung, in der Hauptsache bestehen aber doch noch immer die alten Hemmungen fort. Wenn auch unser Außenhandel aktiv geworden ist, so ist das mehr durch eine Einschränkung der Einfuhr infolge unserer ernsten wirtschaftlichen Lage geschehen. Die Eisen- und Stahlwarenindustrie muß schwer um ihren Auslandsabsatz kämpfen. Der Redner ist der Meinung, daß in der Eisen- und Stahlwarenindustrie durch Typisierung noch mehr erreicht werden kann. Die Umstellung, die Modernisierung, die Rationalisierung und die Typisierung kosten Geld, das nicht vorhanden ist.

Anschließend erstattete der Geschäftsführer des Bundes Dr. jur. Karl Moebius, den Geschäftsbericht 1925. Auch er wies auf die wirtschaftliche Not der Eisen- und Stahlwarenindustrie hin und entwickelte daraus die zahlreichen Aufgaben, denen sich der Bund im Dienste seines Industriezweiges im vergangenen Geschäftsjahr gewidmet hat. An einem reichen Zahlenmaterial und äußerst instruktiven Darstellungen zeigte der Redner die Bedeutung der deutschen Eisen- und Stahlwarenindustrie für den Außenhandel und die Verschiebung des Auslandsabsatzes in Eisen- und Stahlwaren in der Nachkriegszeit. Im Jahre 1913 stand die Eisen- und Stahlwarenindustrie in der Gesamtausfuhr von Erzeugnissen der Rohstoff- und verarbeitenden Industrie an dritter Stelle mit 5,05 Prozent. Im Jahre 1924 rückte sie mit einem Anteil von 8,38 Prozent an erster Stelle, um jedoch im Verlaufe des Jahres 1925 mit 5,90 Prozent an die zweite Stelle zu treten. Von der Verschiebung der Ausfuhr wollen wir zwei Beispiele anführen. Diese betrug im Jahre 1913 nach Frankreich 19 701 to., im Jahre 1924 ging sie auf 141 to. zurück, um sich 1925 auf 1 035 to. zu heben. Die Ausfuhr nach Rußland (einschließlich Polen) betrug betrug 1913 58 228 to. sie ging im Jahre 1924 auf 7 384 to. zurück, um 1925 auf 13 599 to. zu steigen. Andere Länder hingegen, die in Friedenszeiten kaum als Absatzländer von Bedeutung in Betracht kamen, weisen eine sehr große Aufnahme von Eisen- und Stahlwaren auf. Es gilt dies namentlich für Südamerika, Mittel- und Südafrika, Britisch-Indien und dem Balkan.

Einen großen Raum in der Tätigkeit des Bundes im Jahre 1925 hat die Handelspolitik eingenommen, sowohl die Innere, wie auch ganz besonders die Aeußere. Der Bund sammelte das Material seines Industriezweiges zur Unterstützung der Regierung und insbesondere der Deligationen. Weitere wichtige Gebiete waren die Verkehrspolitik, der eine ganz besondere Sorgfalt zugewendet worden ist, die Steuerpolitik, die ebenfalls aufs eingehendste bearbeitet wurde, das Abkommen zwischen der Eisen-schaffenden und der Eisen-verarbeitenden Industrie zur Exportförderung und vieles andere mehr. Der Bericht gab einen interessanten Einblick in die vielgestaltigen Arbeiten, die der Bund für seinen Industriezweig und damit auch für das deutsche Wirtschaftsleben geleistet hat.

Der Schatzmeister des Bundes, Fabrikant Walter Frowein, Lennep, erstattete den Kassenbericht und legte zugleich den Voranschlag für das Jahr 1926 vor. Es wurde dem Vorstand einstimmig Entlastung erteilt und der Voranschlag angenommen. Weiterhin wurde beschlossen, den Mitgliedsbeitrag für 1926 in gleicher Höhe wie im vergangenen Jahr zu erheben.

Der turnusgemäß ausscheidenden Vorstandsmitglieder Oskar Funcke, Hagen; Adolf Ebeling, Westhofen; Peter Raspe, Solingen; G. A. Klingelnberg, Remscheid; Ferd. Peddinghaus, Gevelsberg; Paul Kind, Solingen und K. Adolf Erbe, Schmalkalden, wurden einstimmig wiedergewählt.

Sodann sprach der Universitätsprofessor Dr. Fritz Beckmann, Bonn, über „Deutschlands Stellung im Weltverkehr". Deutschland hat sich den Anschluß an die Weltwirtschaft künstlich vereinfacht durch 3½ Milliarden Auslandskredite. Abgesehen von ihrer inflationistischen Wirkung haben sie wenig produktiv gewirkt, da sie je nach dem Grade der Sicherheit, der Solidarbürgschaft, nicht aber nach dem Grade der produktiven Anlage gewährt wurde, deshalb konnten produktive Industriegruppen häufig von erwünschten Auslandskrediten keinen Gebrauch machen. Gerade zu katastrophal ist der Rückgang der Ausfuhr nach den europäischen Reparationsmärkten, von denen einige in ausgesprochenen Exportwaren kaum 10 Prozent der Ausfuhr von 1923 aufnehmen, eine Folge des Dawes-Abkommens, das die Reparationsmächte verführt, sich gegen deutsche Waren zu wenden. Es bleibt nichts anderes übrig, als der Wiederanschluß aus eigener Kraft; sie setzt lange Handelsverträge, innere Preissenkung nicht als künstliche Aktion, sondern als höhere Ergiebigkeit der deutschen Wirtschaft, und internationale Arbeitsteilung wenigstens in Europa voraus. Der technische Vorsprung allein genügt nicht mehr, da die Patente teils enteignet sind, teils nachgemacht werden; nur da, wo es sich um technischen Vorsprung der Erfahrung und Energie handelt, kann er zur stärkeren Ausfuhr verhelfen. Die Aktivität des Außenhandels ist noch nicht dauernd erreicht, kommt aber als Zeichen der Verarmung mit Sicherheit. Die aktive Handelsbilanz beweist, daß Deutschland mit ehrlichen kaufmännischen Mitteln die Reparationslasten erfüllen will.

Mit Dankesworten an die Redner und die Versammlungsteilnehmer schloß der Vorsitzende die diesjährige Ausschußsitzung.

—oo—

Handelspolitische Entwicklungsmöglichkeiten für Deutschland.

Interessant ist, wie der Reparationsagent sich die Weiterentwicklung unserer Außenhandelspolitik denkt. Er hat bisher nichts davon gesagt, daß die Passivität unserer Außenhandelsbilanz (7 Milliarden Mark in 2 Jahren) hauptsächlich entstanden ist durch den uns infolge des Friedensdiktats entstandenen Verlust der Märkte und durch die Zollabschnürung des Auslandes, die gerade bei den Ländern am ausgeprägtesten ist, die von uns die größten Reparationen haben wollen. Der Reparationsagent findet kein Wort der Kritik gegen das Ausland, das durch seine Zollpolitik die Erfüllung des Dawes-Planes unmöglich macht. Dagegen rät er uns, im Inland die Preise so hoch zu halten, daß im Ausland zu billigeren Preisen verkauft werden kann, d. h. also daß unsere Ware unter Preis ins Ausland verschleudert werden soll. Des weiteren rät er, die Passivität der Handelsbilanz auszugleichen durch Neuaufnahme von Auslandskrediten, also durch Fortführung unserer Verschuldung. Aus derselben Einstellung folgt der weitere Rat, den Diskont in Deutschland nicht weiter zu ermäßigen, um den Transfer nicht zu gefährden; mit anderen Worten soll also der Diskont in Deutschland so hoch bleiben, daß ständig ein Hereinströmen von Auslandsanleihen möglich ist. Hier sind sehr interessante Zusammenhänge gegeben zwischen privaten Krediten und Transfermaßnahmen von Staat zu Staat, die vom privaten Kreditnehmer nicht unbeachtet gelassen werden sollten. Die Gedankengänge des aus Nordamerika stammenden Reparationsagenten sind umso interessanter, als Europa und vor allem Deutschland seinerzeit den Vereinigten Staaten, als diese nicht stark an Europa verschuldet waren, es ermöglicht haben, die Schulden in Gestalt von Ausfuhrsteigerung abzuzahlen; uns sollte jetzt eigentlich dasselbe zu tun möglich sein; aber gerade die Vereinigten Staaten sperren sich in besonders starkem Maße gegen die Einfuhr nach Nordamerika. Nordamerika will keine Einfuhr haben, will aber seine eigene Ausfuhr auf immer mehr Fabrikate erstrecken. Auf diese Weise kann natürlich niemals zwischen Gläubiger- und Schuldnerländern ein Gleichgewicht erzielt werden, das zum Funktionieren der Weltwirtschaft unbedingt notwendig ist.

Von besonderer Wichtigkeit sind für uns die Entwicklungsmöglichkeiten aus dem Dawes-Plan. Dieser ist bisher vielfach anders durchgeführt worden, als anfangs beabsichtigt worden war. So hat sich z. B. infolge des niedrigen Valutastandes vieler Länder eine sehr empfindliche Störung des Sachlieferungsverfahrens ergeben; außerdem ist durch Gewährung von Subventionen (im englischen Kohlenbergbau), durch Erhebung von besonderen Abgaben (die 26%ige Abgabe in Frankreich usw.) für Deutschland ein geregelter Handelsverkehr vielfach sehr erschwert worden. Trotzdem ist der Dawes-Plan von der deutschen Regierung in mehreren Punkten über die eigentlichen Verpflichtungen hinaus erfüllt worden. So sind z. B. Zahlungen früher geleistet worden; monatliche Abschlagszahlungen (die hauptsächlich für Besatzungszwecke verwandt sind) wurden gezahlt usw.; entsprechende Zinsvergütungen dafür wurden nicht gewährt. Infolge unserer Steuer- und Zollpolitik besteht die Gefahr, daß die Leistungen aus dem Dawes-Plan noch mehr vergrößert werden. Der Dawes-Plan geht davon aus, daß in Deutschland eine Milliarde Mark an Zöllen und Verbrauchsabgaben einkommen; tatsächlich wurden aber im letzten Jahr mit insgesamt 1,75 Milliarden noch 500 Millionen Mark mehr als veranschlagt vereinnahmt. Da wir nach dem Dawes-Plan von dem Mehreinkommen ein Drittel als Reparationszahlung zu leisten haben, besteht die Möglichkeit, daß wir im nächsten Jahr statt 1,2 Milliarden Mark an Dawes-Verpflichtungen im ganzen 1,45 Milliarden zahlen müssen. Es ist unbedingt erforderlich, die indirekten Abgaben zu ermäßigen oder eine Entlastung der Reichsbahn vorzunehmen. Es besteht zweifellos für Deutschland die große Gefahr, daß mit Hilfe künstlicher Mittel ein Funkionieren des Dawes-Planes länger als eigentlich möglich aufrecht erhalten wird, und daß uns dadurch Verpflichtungen entstehen, die wir bei loyaler Auslegung der Verträge niemals zu tragen brauchten.

Volksleben und Wirtschaft.

Ein wichtiger Faktor des amerikanischen Wirtschaftserfolges.

pgs. Die amerikanische Wirtschaft ist zweifellos produktiver als die unsrige. In den zahllosen Berichten der das Land der unbegrenzten Möglichkeiten bereisenden Deutschen wird ab und zu — mehr oder weniger versteckt — darauf hingewiesen, daß die gute Behandlungsweise des amerikanischen Arbeitnehmers ein wesentlicher Grund des amerikanischen Wirtschaftserfolges sei. Es ist ja bekannt, daß die gesellschaftliche Schichtung des amerikanischen Volkes keine so großen Abstände kennt, wie in Europa, und daß der Amerikaner, ohne fürchten zu müssen, aus der sogen. „Gesellschaft" ausgestoßen zu werden, gelegentlich als Arbeiter, Straßenbahner, Kellner usw. sich seinen Unterhalt erwerben kann. Damit steht nicht im Widerspruch, daß die Gegensätze von arm und reich in Amerika sehr scharfe sein können. Dadurch, daß die Arbeitgeber im Betrieb nicht den Herr-im-Hause-Standpunkt vertreten, sondern kollegial mit ihren Arbeitern und Angestellten verkehren, wird die Arbeitsfreude der amerikanischen Arbeitnehmer zweifellos gestärkt. Es ist psychologisch verständlich, wenn das oft schroffe und selbstbewußte Auftreten mancher deutschen Unternehmer sofort beim Betreten der Büros oder der Maschinensäle eine Atmosphäre von Unbehagen, die sich bis zur Unlust und Furcht steigern kann, bei den Angestellten und Arbeitern verbreitet. Die Wirtschaftsführer alten Schlages hatten den Weg zum Herzen ihrer Arbeiter meistens gefunden. Der Erfolg ist dann nie ausgeblieben. Noch heute schlägt es warm in vielen Herzen der Arbeitnehmer, wenn der Seniorchef gelegentlich durch die Betriebe geht. Auf die zweite Generation des deutschen Unternehmertums trifft das leider allzu oft nicht zu. Anders in Amerika, über das sich Dr. Litz in seinen „sozialpolitischen Reiseeindrücken in den Vereinigten Staaten" (herausgegeben von der Vereinigung Deutscher Arbeitgeber-Verbände) nach dieser Richtung hin wie folgt ausläßt:

„Man muß bei dem Besuch amerikanischer Werkstätten unterscheiden und beobachten, in welcher Richtung technische und betriebliche Fortschritte liegen und welche ungeheuren Vorteile erzielt werden durch den großen Takt, die Selbstbeherrschung, die von großer Menschenkenntnis zeugende Einstellung des Arbeitgebers gegenüber dem Arbeitnehmer. Es ist nicht zu verkennen, daß gerade dieser letzte Punkt einen, vielleicht den wesentlichsten Einfluß darauf ausübt, daß beide Teile, auf gegenseitige Hilfe und gegenseitige Anerkennung eingestellt, danach streben, ausschließlich die Produktion zu fördern und alle damit nicht in unmittelbarem Zusammenhang stehenden Gedanken von vornherein abzuweisen. Dadurch wird in Wirklichkeit eine Arbeitsgemeinschaft erzielt."

Zur Belebung des Verkehrs in der Moselgegend

beabsichtigt die Reichsbahn nach erfolgter Rücksprache mit den maßgebenden Kreisen im kommenden Sommer etwa 20 Sonderzüge nach dem Weingebiet abzulassen. Als Endpunkte sind vorzugsweise Cochem — Bullay — Traben-Trarbach und Bernkastel bestimmt. Die Moselorte sollen aufgefordert werden, alles aufzubieten, um den Gästen den Aufenthalt so angenehm wie möglich zu gestalten, da es nur von der guten Aufnahme abhängen werde, ob die vorgesehenen Züge gänzlich durchgeführt werden können und die Einrichtung sich im nächsten Jahr wiederholen lasse. Die Reichsbahndirektion hat sich außerdem mit der Mosel-Dampfschiffahrt-A.-G. in Verbindung gesetzt und diese zur Veranstaltung kleiner Dampferfahrten angeregt.



Die neuesten Herren-Anzüge
Die neuesten Jünglings-Anzüge
Die neuesten Sport-Anzüge
Die neuesten Berufs-Anzüge
Die neuesten Knaben-Anzüge
Die neuesten Herren-Hosen

kaufen Sie zu sehr vorteilhaften Preisen in meinem Spezialgeschäft!

Höchste Eleganz! **Vorzügliche Qualität!** **Feinste Verarbeitung!**
sind die Vorzüge meiner Kleidung.

Bernhard STERN * Schwerte

Bekanntmachung.

In unser Handelsregister Abtl. B. ist heute unter lfd. Nr. 53 bei der Firma Max Goswin & Co. G. m. b. H. in Schwerte eingetragen worden, daß die Liquidation beendet und die Firma erloschen ist. 1004

Schwerte, den 4. März 1926.

Das Amtsgericht.

Achtung! Achtung!

Theater-Verein „Humor"

Auf zum „Reiche des Wassers"

Sonntag, den 21. März nachm. 5 Uhr:

„Wo der Hindenburgblick blüht"

Operette in drei Akten.

Achtung! 997 **Achtung!**

Lichtbildervortrag

des Herrn Oberlein, Missionar d. Herrnhuter Brüdergemeinde, am Freitag, den 19. März, abends 8 Uhr im Stadtmissionssaal, Kuhstr. 7.

Thema:

Die Menschenfresser von Nordaustralien!

Jedermann ist herzlich eingeladen

Billig! Billig!

2 Pfd.-Dose junge Schnittbohnen		0.65
2 Pfd.-Dose junge Brechbohnen		0.75
2 Pfd.-Dose junge Erbsen		0.80
2 Pfd.-Dose mittf. Erbsen		0.95
2 Pfd.-Dose Rotkohl		0.39
2 Pfd.-Dose Apfelmuß	0.55	0.75
2 Pfd.-Dose Mirabellen		0.95
2 Pfd.-Dose Pflaumen		0.80
Margarine		von 0.58 an
Schmalz		von 0.94 an
Kokosfett		0.68
Frisch gebr. Kaffee		von 2.60 an

Rheinkonsum

Markt 6.

1005

Fibeln

für die ABC-Schützen

soeben eingetroffen!

Ebenfalls sind alle vorgeschriebenen

Lesebücher

der hiesigen Volksschulen vorrätig in der

Buchhandlung Carl Braus

Schwerte (Ruhr).

Nachtrag

zur Polizei-Verordnung über den Anschluß der Grundstücke an die Straßenkanäle und über die Entwässerung der bebauten Grundstücke in der Stadt Schwerte.

Auf Grund der §§ 5 und 6 des Gesetzes vom 11. März 1850 über die Polizeiverwaltung und der §§ 143 und 144 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 sowie Artikel III der Verordnung über Vermögensstrafen und Bußen vom 6. Februar 1924 (G.-Bl. S. 44) wird für den Stadtbezirk Schwerte mit Zustimmung des Magistrats folgender Nachtrag zur Polizeiverordnung vom 3. Oktober/5. Dezember 1902 erlassen:

1. § 2 erhält unter Ziffer 4 folgenden Zusatz:
   4. Alle Eigentümer von bebauten Grundstücken an Straßen und Plätzen, in welchen ein öffentlicher städtischerseits angelegte Kläranlage einmündet, sind verpflichtet, außer sämtlichen Hausabwässern auch alle auf dem Grundstück vorhandene Bedürfnisanlagen unmittelbar an diesen Kanal anzuschließen.
2. Hinter § 23 sind folgende §§ einzuschalten:

§ 23 a.

Die menschlichen Auswurfsstoffe, soweit sie gemäß § 2 Ziffer 4 in den öffentlichen Kanal eingeleitet werden dürfen, dürfen nur mittels genügend gespülter Aborte in die Kanäle eingeführt werden.

Die Spülvorrichtung ist frostfrei und so einzurichten, daß sie während oder nach dem Gebrauche durch den Benutzenden in Tätigkeit gesetzt werden kann; die Spülung darf nicht durch unmittelbaren Anschluß an eine Wasserleitung erfolgen, sondern nur durch Vermittelung von Spülbehältern, die an eine Wasserleitung angeschlossen sind und bei jeder Spülung wenigstens 8 Liter in die Abortschüssel ergießen.

Die Spülbehälter sind derart einzurichten, daß bei ihrer Entleerung und Füllung kein störendes Geräusch entsteht.

Aborte, in denen die Auswurfstoffe durch mechanisch bewegte Teile gehen, z. B. Klappklosetts, Kolbenklosetts usw., ebenso wie selbsttätige Spülvorrichtungen, z. B. solche, die durch die Türe, den Deckel oder den Sitz bewegt werden, sind verboten.

Die Schüssel ist mit Geruchverschluß und stets mit Spülrand zu versehen, so daß das Spülwasser gleichmäßig verteilt wird; sie muß aus emailliertem Eisen, glasiertem Steinzeug oder Fayence bestehen und freistehend auf dem Boden aufgestellt werden unter Ausschluß jeder Verschalung von Holz, Blech, Ummauerung etc., und muß einen aufklappbaren Sitz erhalten. Hierbei ist Vorsorge zu treffen, daß durch Aufklappen des Sitzes das Ablaufrohr von dem Spülbehälter nicht beschädigt werden kann. Der Boden unter den Schüsseln muß aus wasserdichtem glatten Material bestehen, oder mit wasserdichtem Belag-Linoleum und dergl. versehen sein.

Für größere Anstalten, Fabriken, Krankenhäuser, Schulen usw. können auch andere Abortanlagen, „Massenaborte", durch ausdrückliche Genehmigung der Polizeiverwaltung für jeden einzelnen Fall zugelassen werden.

Sobald der Anschluß der Aborte erfolgt ist, sind alle Abortgruben und Kläranlagen zu beseitigen.

§ 23 b.

Pissoire.

Pissoire sind mit einer nach dem Ermessen der Polizeibehörde hinreichenden Wasserspülung zu versehen. Die Spülung muß insbesondere so eingerichtet sein, daß die zur Aufnahme und Abführung des Urins bestimmten Wandflächen vollständig von dem Spülwasser bestrichen werden. Größere Pissoiranlagen sind während der Benutzungszeit dauernd zu spülen. Selbsttätige Spülanlagen sind zulässig und auf Verlangen der Polizeibehörde anzubringen.

In allen anderen Fällen ist die Spülanlage so einzurichten, daß der das Pissoir Benutzende die Spülung selbst vornehmen kann.

Pissoirstellen öffentlicher Räume, größerer Geschäftsbetriebe, Bedürfnisanstalten, Krankenhäuser usw. müssen, falls sie nicht mit Urinbecken versehen werden, mit mindestens 1.50 m hohen, undurchlässigen Wandbekleidungen versehen sein. Zementputz kann nur für außerhalb der Hauptgebäude, auf Höfen pp. liegende Pissoire auf besonderen Antrag zugelassen werden. Der ebenfalls wasserdicht herzustellende Fußboden muß durch eine Bodenrinne mit ausreichendem Gefälle nach dem Kanaleinlauf entwässert werden. Hängerinnen sind unzulässig. Pissoire mit Oelverschluß sind mit besonderer Genehmigung zulässig.

§ 30.

Die Strafbestimmungen finden auch für diesen Nachtrag Anwendung.

Dieser Nachtrag zur Polizei-Verordnung tritt mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft.

Schwerte, den 6. Februar 1926.

Die Polizei-Verwaltung:
gez. Rohrmann.

Genehmigt.
Arnsberg, den 2. März 1926.

Der Regierungs-Präsident:
I 4. Nr. 45. J. A. gez. Müller.

Vorteilhaftes Frühjahrs-Angebot

Durch **Grosseinkauf** mit über 300 Firmen der Einkaufs-Vereinigung Deutscher Schuhwarenhändler haben wir einen großen Posten der verschiedensten Schuhwaren weit unter Herstellungswert erworben. Der gegenwärtigen Lage im hiesigen Bezirk besonders Rechnung tragend, haben wir die Verkaufspreise scharf kalkuliert u. verkaufen solche zu

enorm billigen Preisen

Frühjahrs-Neuheiten sind in großer Auswahl eingetroffen

Damen-Lackpumps 5.90
Ia. Rindbox, Boxcalf, Chevreaux, mit und ohne Lackkappen
16 50 14 50 12.50 10.50 8.50 6.50

Damen-Trotteurschuh 6.50
feinstes Chromleder, Chevreaux, Boxcalf, in wunderbaren Aufmachungen
14.50 12.50 10.50 9.50 8.50 7.50

Damen-Zierspangen 9.50
in Lackleder, sowie in den Modefarben grau und blond, die neuesten Formen
18.50 16.50 14,50 12.50 10.50

Herren-Lackpumps 9.50
in vielen Ausführungen, braun und schwarz
16.50 14.50 12.50 10.50

Herren-Trotteurschuh 9.50
prima Rindbox, Boxcalf, Chevreaux, mit und ohne Lackkappen
16.50 14.50 12.50 10.50

Sport- u. Trotteurschuhe für Knaben u. Mädchen
in allen Lederarten in vielen Ausführungen und billigsten Preisen.

Beachten Sie bitte unsere Schaufenster

Marke Ringia — Einkaufsvereinigung Deutscher Schuhwarenhändler E. G. m. b. H. Eisenach

HERZ Schwerte

Das Haus der Qualitäts-Schuhwaren.

Ihre Reise nach Dortmund macht sich bezahlt

wenn Sie Ihre

neue Frühjahrs-Kleidung

für Herren, Jünglinge und Knaben bei mir kaufen.

Mit Recht kann ich behaupten: Ich habe die **größte Auswahl** und verkaufe die jeweils **besten Qualitäten** zu den **billigsten Preisen.**



Strapazier-Anzüge aus kräftigen Buxkin- und Cheviotstoffen, mit starken Zutaten verarbeitet
19.75 29.75 38.- 48.-

Gestreifte Anzüge aus gutem dunkelblauen, braunen, grünen u. schwarzen Cheviotstoffen, mit feinen Nadelstreifen
38.- 48.- 58.- bis 75.-

Blaue Anzüge a. besten blauen Cheviot- und Kammgarnstoffen in 1- und 2reihigen Formen
38.- 48.- 58.- bis 125.-

Die große Mode: **Gabardine-** und **Kammgarn-Anzüge** in neuen Farben und modernen 1- und 2reihigen Formen, in alles überragender Auswahl.
Hauptpreislagen: 48.- 58.- 68.- bis 86.-
Beste Qualitäten: 95.- 115.- 125.- 135.-

Covercoat-Paletot in flotten 1reihig. Sport- und längeren Mantelformen, mit und ohne Futter gearbeitet
38.- 48.- 58.- bis 95.-

Übergangs-Mäntel in längeren 2reihig. Formen mit Rückengurt, aus dunkelgrauen und dunkelbraunen Gabardinestoffen
Hauptpreislagen: 42.- 55.- 68.- bis 86.-
Beste Qualitäten: 95.- 115.- 125.- 135.-

Regen-Mäntel aus wetterfesten Loden und wasserdichten Gummistoffen, in neuen Farben und modernen 2reihigen Formen
16.50 29.75 38.- bis 68.-

Loden-Anzüge mit kurzen oder langen Hosen, in neuen Formen, nur ausprobierte Qualitäten
28.50 38.- 48.- bis 79.-

Sport-Anzüge aus modernen Cord-, Gabardine- und Cheviotstoffen, mit kurzen oder langen, z. T. auch mit zwei Hosen
46.- 58.- 68.- bis 125.-

Manchester-Anzüge nur florfeste tatsächlich tragfähige Qualitäten, in grauen, grünen und braunen Farben
35.- 42.- 46.- 55.-

Loden-Joppen in offenen und geschlossenen Faltenformen, dauerhafte Qualitäten
9.50 12.75 16.75 bis 26.-

Herren-Hosen strapazierfähige Buxkin- und Cheviot- und elegante Kammgarnhosen, in modernen Streifen
2.95 6.50 12.50 bis 35.-

Breeches-Hosen aus dauerhaften Buxkin- und Cordstoffen, mit starken Zutaten
8.60 14.75 19.75 bis 29.75

Windjacken in graugrünen und bräunlichen Farben, aus wetterfesten Zeltbahn- und Gabardinestoffen
9.75 14.75 18.25 25.-

Auch für besonders korpulente und sehr schlanke od. untersetzte Figuren bringe ich gutsitzende Kleidung in größter Auswahl

Fischer

DORTMUND OSTENHELLWEG

Palmsonntag, den 28. März, sind meine Geschäftsräume von 12 bis 6 Uhr geöffnet.

Betrachtungen zur Hörder Wirtschaftslage.

Die Komunalpolitiker (aber solche von Ruf) an die Front!

Es gab eine Zeit im deutschen Vaterlande, in der alle für den wirtschaftlichen Aufschwung strebenden Volksgenossen darin einig waren, daß der geradeste Weg zur Gesundung auf wirtschaftlichem Gebiete Mehrarbeit sei. Nun ist es kaum 2 Jahre her, daß es gelang, den vielseitigen Widerstand gegen die Aufhebung der schematisch verkürzten Arbeitszeit zu überwinden und Mehrleistungen auf allen Gebieten zu erreichen. Aber fast gleichzeitig damit traten auch infolge der Verschiebung der Weltmarktverhältnisse die Hindernisse auf, die unseren Fortschritt in dieser Richtung hemmten. Bei den Zechen zeigte sich vor allen Dingen, daß der Kohlenmarkt durch die während des Ruhrkampfes mit ausländischen Lieferanten abgeschlossenen langfristigen Verträge und durch die stark in Erscheinung tretende Konkurrenz der Braunkohle erheblich weniger aufnahmefähig war, als man für die Durchführung der Gesundungspläne voraussetzen mußte. Hinzu kam noch der immerhin erhebliche Rückgang des Verbrauches als Folgeerscheinung der Bemühungen der Techniker, den Wirkungsgrad in der Ausnutzung der Kohle aus Sparsamkeitsrücksichten nach Möglichkeit heraufzusetzen. Obwohl diese Bestrebungen an sich begrüßenswert sind, können wir uns doch der Einsicht nicht verschließen, daß sie unter den obwaltenden Umständen dazu beitrugen, die immer schwieriger werdende Lage der Zechen zu verschärfen. Gar bald zeigten denn auch die ersten Stillegungen, wie weit die Krise schon fortgeschritten war. Daß die Südrandzechen als die minderwertigeren und daher auch wirtschaftlich schwächeren diejenigen sein mußten, die am härtesten betroffen wurden, ist wohl allgemein verständlich. Damit sind aber auch schon die Gemeinden bezeichnet, die am empfindlichsten in der Verfolgung ihrer wirtschaftlichen und kulturellen Belange gestört wurden. Der Kreis Hörde vor allem bewegte sich im verflossenen Jahre in dieser Hinsicht auf ständig abfallender Kurve, und so trostlos es klingen mag, muß doch eingestanden werden, daß ein Wiederaufblühen dieses Wirtschaftszweiges in absehbarer Zeit hierorts ganz ausgeschlossen erscheint. Die Abbrucharbeiten auf den Zechen Admiral, Glückauf, Schürbank, Wiendahlsbank usw. reden eine zu deutliche Sprache.

Eine Verwertung der vorhandenen Baulichkeiten für andere Zwecke, speziell zur Einrichtung neuer Industrien, kommt infolge der Eigenart ihrer Gestehungsweise nur in sehr beschränktem Umfange in Frage, es sei den, daß man an die Verpflanzung weit von hier beheimateter Erwerbsmöglichkeiten, etwa Textilfabriken oder dergleichen, dächte. Doch darf man sich dabei nicht verhehlen, daß zu solchen Unternehmungen auch die entsprechend gelernten Arbeitskräfte gehören. Den Bergarbeitern in ihrer Gesamtheit wäre also damit wenig gedient.

Die ganze Hoffnung der Allgemeinheit ging denn auch dahin, daß das Jahr 1926 wenigstens in Bezug auf die noch bestehenden Anlagen eine Wendung zum Besseren bringen würde. Die neuerdings bekannt werdenden Stillegungspläne bereiten jedoch abermals große Enttäuschungen. Besonders die geplante Aufgabe der Lothringenzeche „Glückaufsegen" bewegt die Gemüter. Man versteht es eben nicht, daß eine Anlage, die in letzter Zeit einen geradezu brillanten Effekt hatte, der Stillegung und gar dem Abbruch verfallen soll. Der unentschiedene Ausgang der Verhandlungen vor dem Demobilmachungskommissar läßt doch wenigstens hoffen, daß das endgültige Ergebnis derselben der Angelegenheit ein anderes Aussehen gibt.

Wenn die Zechenstillegungen vorwiegend den Landkreis betrafen, so ist die Nachricht über die mehr als 50prozentige Einschränkung der Phönixbetriebe geeignet, der Stadt Hörde selbst viel zu weit an den Lebensnerv zu gehen. Hier jedoch scheinen uns bei der erforderlichen Initiative der interessierten Kreise noch nicht alle Wege verschlossen zu sein. Es kann sicherlich nichts dagegen gesagt werden, daß die Unterbilanz in der Erzeugung pro Tonne 8 Mk. beträgt. Unter Berücksichtigung der angeführten Umstände gewinnt diese Tatsache auch für den Laien an Wahrscheinlichkeit. Aber es darf doch wohl mit Recht gefragt werden, ob diese Unterbilanz sich auch behaupten würde, wenn man sich in Hörde auf Fabrikationsmöglichkeiten verlegte, die in Anbetracht ihrer Verwendungsgebiete auf ganz anderen Grundlagen in Bezug auf die Gestehungskosten basieren würden. Insbesondere die Frachtkosten dürften doch in mancher Hinsicht dabei eine erhebliche Veränderung erfahren, und das um so mehr, als doch die Hafenbahn eine schnelle Verbindung des Werkes mit dem Wasserwege gewährleisten würde. Gegen die Anstrebung einer erhöhten Wirtschaftlichkeit durch die Bildung des Trustes zu polemisieren, hieße das Kind mit dem Bade ausschütten.

Betrachten wir uns die Geschehnisse einmal vom Standpunkte des Wirtschaftsführers aus. Zweifellos kann man den Wirtschaftsführer mit einem Heerführer vergleichen, der auf dem großen Schlachtfelde Weltmarkt sich gegen die Weltwirtschaftslage zu behaupten hat. Sieht er ein, daß er bei dem gegenwärtigen Stande mit seinen Hilfsmitteln dazu nicht fähig ist, so wird er als gewandter Heerführer dazu übergehen, seine Kräfte zu reorganisieren, d. h. in diesem Falle, sie umzugruppieren. Diesem Beginnen sehen wir uns in der Eisenindustrie augenblicklich gegenüber.

Ob aber die Umgruppierung der wirtschaftlichen Kräfte auch zu einer Aufstellung anderen Orts führen muß, darf man doch füglich bezweifeln. Wir haben doch ein hervorragendes Beispiel dieser Art an der Friedr. Krupp A.-G. in Essen. Was wäre Essen ohne die Kruppschen Werke? Daß durch die Unterbindung der Kriegsmaterialherstellung dem Unternehmen die Art an die Wurzel gelegt war, ist wohl allgemein verständlich. Mit welchem Erfolg man aber die Umstellung bewerkstelligt hat, erhellt aus der Rede des Herrn Krupp von Bohlen und Halbach in der letzten Generalversammlung. Nach seinen Auslassungen beschäftigen die Werke heute die Anzahl Arbeitnehmer, die etwa dem Stande von 1912 entspricht, und es muß als ein nachahmenswertes Beispiel von Optimismus bezeichnet werden, wenn ihn die Erreichung dieser, doch gegenüber früheren Verhältnissen bescheidenen Position hoffnungsfroh (!) in die Zukunft blicken läßt. Statt Zusammenbruch hat man also hier infolge der Umstellungen zu jeder Hofnung berechtigende neue Verhältnisse geschaffen.

Warum sollte Aehnliches nicht auch in Hörde möglich sein? Würden sich nicht einer Fabrikation von Lokomotiven, Werkzeugmaschinen, Verbrennungskraftmaschinen, landwirtschaftliche Maschinen, Feldbahn- und Straßenbahnschienen, Draht, Drahtseilen, Kabeln und sonstigen elektrischen Leitungen und vielem anderen ganz verschiedene und wohl auch günstige Absatzgebiete erschließen?!

Dortmund und die Eingemeindungsfrage.

Beschleunigung mit aller Kraft? — Die Regierung der treibende Keil!?

Das Wolffsbüro verbreitet folgende Notiz, die anscheinend von Dortmunder Verwaltungsseite stammt:

„Die die Eingemeindung bearbeitenden Regierungsstellen sind zurzeit damit beschäftigt, die im rheinisch-westfälischen Industriegebiet vorzunehmenden Eingemeindungen mit aller Kraft zu beschleunigen. In der Oeffentlichkeit ist in der letzten Zeit die Frage einer Eingemeindung Hördes nach Dortmund erörtert worden. Die Stadt Hörde an sich bietet allerdings für Dortmund „kein vorteilhaftes" Eingemeindungsobjekt, da die Stadt Hörde ebenso wenig Industriegelände, Grünflächen und Siedlungsgebiet aufweist wie Dortmund. Einen anderen Gesichtspunkt erhielte diese Frage erst, wenn die hinter Hörde gelegenen Gemeinden und Aemter mit diesem Gebiet vereinigt würden, „so daß beiden Städten" das fehlende Gelände geboten würde. Die Stadt Dortmund hat aber bisher weder Verhandlungen mit den Gemeinden und Aemtern geführt, noch Eingemeindungsanträge gestellt oder eine Anregung dazu gegeben."

Die „Rhein.-Westf. Ztg." enthielt gestern folgende Notiz:

„Die Dortmunder Eingemeindungskommission hat sich seit längerer Zeit mit den Eingemeindungsplänen befaßt und dabei die Grenzen, die der Magistrat vorgeschlagen hat, für richtig befunden. Der Magistrat steht auf dem Standpunkt, daß er sich hinsichtlich seiner Wünsche auf die Ausdehnung Dortmunds große Zurückhaltung auferlegen will. Er hält für Dortmunder Interessengebiet bloß die Landkreise Hörde und Dortmund mit Ausnahme von Sodingen, Lünen, Schwerte, Amt Brackel, Annen und den östlichen Teil des Landkreises Hörde. Bestimmte Anträge in dieser Richtung sind noch nicht gestellt worden. Die Landräte halten die Bezirke durchweg noch nicht für unbedingt eingemeindungsreif. Außer allgemeinen wirtschaftlichen Gründen wird auch der ins Feld geführt, daß eine Anzahl unnötiger wirtschaftlicher Einrichtungen, wie der Bau von Gasanstalten und Friedhofsanlagen verhindert werden soll. Un-

günstig für die Beurteilung der Dortmunder Eingemeindungen wäre, daß Dortmund Gebilde, die leistungsschwach sind, übernehmen müßte. Das würde für Dortmund eine schwere, vielleicht dauernde Last sein. Die einmaligen Aufwendungen können gesetzlich beschränkt werden. Gegen die Heilung hoffnungsloser Fälle wird sich Dortmund wehren.

Während Dortmund keinen Wert (Na, na!) auf die Eingemeindung Hördes lege, besteht die Regierung auf der unbedingten Angliederung dieser Stadt an Dortmund. Muß Hörde eingemeindet werden, so müssen große Teile des Landkreises Hörde folgen. Die Last, die die Eingemeindungen nach Süden für Dortmund mit sich bringen würden, müßte durch die Eingemeindungen nach Norden ausgeglichen werden.

Der Wert der Informationsreise des Eingemeindungsausschusses wird hier ziemlich skeptisch beurteilt, weil die Rundreise zu schnell und unvorbereitet vor sich ging. Die jetzige Siedlungsdichte Dortmunds beträgt 44 Einwohner auf einen Hektar. Nach Zustandekommen der Angliederung des oben umschriebenen Interessengebietes würden etwa 20 Einwohner auf einen Hektar kommen. Das Dortmunder Stadtgebiet umfaßt jetzt 7500 Hektar; sein künftiger Umfang würde 22 500 Hektar haben. Da die Einwohnerzahl des Interessengebietes 170 000 Personen zählt, würde das vergrößerte Dortmund rund 550 000 Einwohner haben.

Aus Stadt und Umgebung

Keine Automobilstraßen.

Die von verschiedenen Seiten vorliegenden Pläne zur Schaffung von Automobilstraßen haben die zuständigen Stellen, darunter auch die Provinzial- u. Kreisverwaltungen beschäftigt. Es handelt sich hierbei um drei Pläne, die vor allem das Rheinland angehen: nämlich die Automobilstraße Köln — Düren — Aachen, die Automobilstraße Köln — Dortmund über Düsseldorf — Essen — Bochum mit späterem Anschluß an eine Straße Dortmund — Hannover — Berlin und der Plan eines Automobilstraßennetzes in Rheinland-Westfalen von etwa 2000 Kilometer Gesamtlänge. Wie eine Korrespondenz berichtet, haben sich die zuständigen Stellen einstimmig auf den Standpunkt gestellt, daß die Durchführung dieser Pläne zurzeit nicht in Frage kommt, und zwar aus folgenden Gründen: Allein die Wiederherstellung der Chausseen in einen Zustand, in dem sie gänzlich brauchbar sind, erfordert bereits Mittel, die von den Ländern und Provinzen nicht aufgebracht werden können.

Die Wiederherstellung der Chausseen wird aber allgemein als die im Augenblick unbedingt dringendste Aufgabe des Wegebaues betrachtet. Infolgedessen glauben die Länder und Provinzial- oder Kommunalverbände, sich nicht am Bau von Automobilstraßen beteiligen zu können. Es kommt aber noch ein anderer Gesichtspunkt hinzu: Der Bau von Automobilstraßen wird dem Zweck dienen, einen Teil des Verkehrs von der Eisenbahn auf Kraftfahrzeuge zu überführen. Wenn auch diese Umbildung vielleicht aus mancherlei Gründen wirtschaftlicher erscheint, so wird hiergegen anderseits geltend gemacht, daß die großen Entschädigungslasten der Reichsbahn zurzeit es angemessen erscheinen lassen, davon Abstand zu nehmen. Da in den maßgebenden Kreisen der in Frage kommenden Verwaltungen die oben geschilderten Erwägungen vorwiegen, so dürfte man für die erste Zeit den Plan der Anlage dieses großen Automobilstraßennetzes als begraben ansehen müssen.

Schwerte, den 19. März.

+ **Unfall.** Von einem bedauerlichen Unfall wurde gestern der Schlosser Emil Fahlemann aus den Rosen betroffen. Derselbe arbeitete an einer Fräsmaschine und geriet hierbei mit der rechten Hand so unglücklich in das Getriebe, daß ihm der Daumen und der Zeigefinger fast abgequetscht wurden.

÷ **Die Aufnahmeprüfung** zur Sexta in das hiesige Realgymnasium, welche von 3—6 Uhr nachm. dauerte, bestanden 36 Schüler.

÷ **Kinderbeihilfen und Kinderzulagen.** Nach Ziffer 118, 2 der preußischen Besoldungsvorschriften haben die Beamten, Pensionäre und Hinterbliebenen, die Kinderbeihilfe oder Kinderzulage für über 16 bezw. 21 Jahre alte Kinder bezieben, bis zum 15. März d. Js. eine Erklärung abzugeben, ob die für den Bezug und die Höhe der Kinderbeihilfe und Kinderzulage maßgebenden Verhältnisse im abgelaufenen Rechnungsjahr unverändert fortbestanden haben und weiterhin fortbestehen. Das etwaige Einkommen des Kindes ist in jedem Falle anzugeben. Es empfiehlt sich, zur Vermeidung von Rückfragen eine Bescheinigung der Beschäftigungsstelle beizufügen. Die Erklärungen sind an die Dienstbehörde oder die Kasse, der die Zahlung der Bezüge obliegt, zu senden. Bei nicht rechtzeitiger Einsendung wird die Zahlung der Kinderbeihilfe bezw. Kinderzulage mit dem 1. April j. Js. eingestellt.

÷ **Frühling im Freischütz.** Am Sonntag, den 21. März (Frühlingsanfang) findet im Freischütz ein großes Militär-Konzert statt. Das Musikkorps des 6. Artillerie Regiments aus Minden ist dafür gewonnen. Herr Obermusikmeister Adam ist den Freischützbesuchern noch aus Friedenszeiten bekannt. Spielte er doch damals beim Besuch des Grafen Häseler am Freischütz, gelegentlich des Korps-Appells des 16. Armeekorps. Außerdem wird diese Kapelle das diesjährige Schwerter Bürger Schützenfest spielen, und ist Gelegenheit gegeben, sich von der Qualität der Musik zu überzeugen.

÷ **Kaiserhof.** Das Trio „Rosorehl" das gegenwärtig im „Kaiserhof" gastiert, verdient, daß man einige Worte darüber hier bringt. Das gestrige Programm fand allgemeinen Beifall und die Art des Vortrages war Unterhaltungsmusik, wie man sie in den Räumen des „Kaiserhofs" stets finden möchte; nicht aufdringlich und doch wahre Kunst, sodaß sich jeder gern der Mühe unterzog „zu lauschen". Das Trio brachte u. a. die unvollendete Symphonie in H-Moll von Schubert, die Fantasie über Beethovens Werke ganz wundervoll und der Cellist, Herr Herr Rosowsky beehrte mit dem Solo, Konzert in A-Moll von Joltesmann zur Einführung. Als besten Beweis des Könnens sei hier auch der vom Meister am Flügel, Herrn Rehl selbst verfaßten Romanze in des-Dur gedacht, und so möchten wir, kurz gedacht, den Besuch des heutigen 1. Meisterabends des Trios nur bestens allen Freunden edler Musik empfehlen.

÷ **Lichtbildervortrag.** Heute abend 8 Uhr findet im Saale der Evgl. Stadtmission, Kuhstr. 7, ein Missions-Lichtbildervortrag statt, den Herr Missionar Oberlein von der Herrnhuter Brüdermission zur Darstellung bringt. Die Bilder zeigen zunächst das frühere wilde Gebaren der australischen Volksstämme (Menschenfresser), dann aber auch die segenbringende Wirkung des Evangeliums in besonders auffallender Art. Jedermann ist herzlich eingeladen.

÷ **Auch das Handwerk soll gehört werden.** Vor Eintragungen in das Handelsregister hören die Registerrichter nur die Industrie- und Handelskammer, auch wenn es zweifelhaft ist, ob ein Betrieb als eintragungspflichtiges Gewerbe oder als nicht eintragungspflichtiges Handwerk angesehen werden kann. Die Vertreter des Handwerks haben jetzt darüber geklagt, daß nicht auch die Handwerkskammer gehört wird. Es beruht dies darauf, daß seit 1899 nur angeordnet ist, daß in zweifelhaften Fällen in der Regel das Gutachten der Organe des Handelsstandes einzuholen ist. Der Justizminister erklärt jetzt, daß damit die Einholung von Gutachten anderer öffentlich-rechtlicher Organisationen nicht ausgeschlossen werden soll. In den Fällen der genannten Art wird die Anhörung der Handwerkskammer neben der der Industrie- und Handelskammer empfohlen.

÷ **Einlegung schnellfahrender Personenzüge mit 4. Klasse.** Das städtische Verkehrs- und Presseamt Dortmund teilt mit, daß in der Zeit vom 1. Juli bis 15. September d. Js. ein neues beschleunigtes Personenzugpaar zwischen Dortmund und München in folgender Zeitlage verkehrt: Zug 696 Dortmund-Hbf. ab 1.06 Uhr nachm., Köln-Hbf. ab 4.10 Uhr; Frankfurt a. M. ab 9.30 Uhr abends; München an am folgenden Morgen um 7.10 Uhr. — Zug 695 ab München 10.45 Uhr abends; Frankfurt a. M. ab am nächsten Morgen um 8.30 Uhr; Köln-Hbf. ab 1.42 Uhr; Dortmund an 4.34 Uhr nachmittags.

÷ **Förderung der Bautätigkeit durch die Landesbank in Münster.** Die Landesbank hat sich bereit erklärt, Zwischenkredite zur Förderung der gemeinnützigen allgemeinen Bautätigkeit gegen Abtretung der Hauszinssteuern zu gewähren. Es kommen hierfür die bis zum 1. Oktober fällig werdenden Steuern in Betracht. Die Uebernahme der Abtretung erfolgt zu ermäßigtem Zinssatz. Die Landesbank hat vor kurzem ihr Stammkapital bei der Westfälischen Heimstätte auf ½ Million Mark erhöht und im Vorjahre zur Förderung des Bauwesens mehrere Millionen zur Verfügung gestellt. Das Westfälische Pfandbriefamt für Hausgrundstücke, das mit der Landesbank vereinigt ist, beabsichtigt, seine Tätigkeit wieder aufzunehmen. Die Genehmigung zur Ausgabe einer Pfandbriefanleihe liegt bei dem zuständigen Ministerium zur Genehmigung vor. Der Markt für langfristige Anleihen ist zurzeit aber wieder sehr knapp.

÷ **Wetteraussichten bis Samstag:** Wollig, teilweise auch neblig und trübe, aber höchstens vereinzelt geringe Niederschläge, Temperaturen bei schwachen nordöstlichen Winden zunächst wenig geändert.

÷ **Hennen,** 18. März. Die hiesige Postagentur, die seit dem 6. Januar 1926 von dem Postschaffner Enste aus Schwerte verwaltet wurde, geht zum 1. April d. Js. auf Frl. Eleonore Mark, Tochter des Oberpostschaffners a. D. Mark, über.

÷ **Sölde,** 19. März. Zigeuner durchzogen gestern unseren Ort, aber nicht wie sonst üblich, 2 Pferde vor und noch 2 Pferde hinter dem Wagen, sondern ohne alledem. Sie mußten ihr Gefährt selbst ziehen bezw. schieben. Auch sie haben in unseren Gauen gewiß was von der allgemeinen Not zu spüren bekommen. Während ihre Zunftgenossen in Amerika per Auto durch die Lande sausen, müssen sie hierzulande per pedes ihre Habseligkeiten mühsam fortbewegen.

÷ **Schüren,** 19. März. Die Gemeindevertretung ist zu einer am Sonnabend, den 20. cr., nachm. 4 Uhr in der Turnhalle der Goetheschule stattfindenden Sitzung eingeladen. Zur Tagesordnung steht u. a.: 1. Erlaß einer Ortssatzung über die Reinigung öffentlicher Wege. 2. Antrag des Mietervereins auf Uebernahme des Wohnungsamtes in Gemeinderegie. 3. Beratung und Festsetzung des Haushaltsplanes für die Volks- und Berufsschule. 4. Ausbau des Kurzen Weges und Kanalisation der Südstraße. 5. Antrag Kalthoff auf Erhöhung der Entschädigung für Anfertigung von Gruften. 6. Mitteilungen und Kommissions-Ersatzwahlen.

÷ **Hörde,** 19. März. Zu einer größeren Menschenansammlung kam es gestern nachmittag 4 Uhr am Brückenplatz. Dort gab eine schon oft mit der Polizei in Berührung gekommene Persönlichkeit aus Schüren mal wieder eine ihrer üblichen Gastrollen, wozu sie von dem übermäßig genossenen Alkohol immer mehr angespornt wurde. Als der Angetrunkene nun auch mit dem an der „schlanken Mathilde" postierten Verkehrsbeamten anzubändeln versuchte und diesen belästigte, nahm ihn der Schupomann kurzerhand am Kragen und brachte ihn zur Wache, wo er Gelegenheit hat, darüber nachzudenken, wer eigentlich stärker ist — der Schnaps oder er.

÷ **Hörde,** 19. März. Eine „Geschäftsreise" hatte ein hiesiger Einwohner unternommen, um in Ahaus bei einem Landwirte einzubrechen und dort nach mitnehmenswerter Beute zu suchen. Dem Einbrecher fielen auch 400 Mark in die Hände, mit denen er nach Hörde zurückkehrte, um sich hier vom Fuß bis zum Scheitel neu einzukleiden. Die Herrlichkeit währte aber nicht lange, da die Polizei inzwischen auf den Einbrecher aufmerksam geworden war und ihm weitere „Geschäfte" unmöglich machte.

—oo—

Vertretertagung des Westfälischen Elternbundes.

Am Samstag, den 13. März, fand in Hamm unter dem Vorsitz von Rektor Bohnenkamp-Minden eine bedeutsame Vertretersitzung des Westfälischen Elternbundes statt. Pastor Richter-Heessen erstattete den Jahresbericht, der Kunde davon gab, daß der Elternbund sich von den Schädigungen der Inflationszeit erholt habe und wieder im Aufstieg begriffen sei. Die einzelnen Kreisvorsitzenden von Minden, Lübbecke, Herford, Bielefeld, Tecklenburg, Bottrop, Gelsenkirchen, Dortmund, Hörde, Hamm, Bochum, Lüdinghausen etc. erstatteten ebenfalls Bericht. Rektor Borchers-Hamm gab Kenntnis von dem Stande der Fibelfrage. Die Geschäftsstelle in Witten-Ruhr wies darauf hin, daß vom 1. April die Zeitschrift „Der getreue Ekkehardt" durch ein illustriertes Familienblatt ergänzt würde, das für die evangelische Erziehung in Schule und Haus in schlichter und volkstümlicher Form eintreten würde. Für die Reichs-Elterntagung, die vom 6.—9. April in Jena stattfindet, werden sechs Delegierte gewählt. Außer diesen 6 werden aber einzelne Ortsgruppen und Kreise noch besondere Vertreter schicken, da die Reichselterntagung in Jena zahlreiche wichtige Fragen behandeln wird.

—oo—

Der neue Vorstand der Evangelischen Frauenhilfe.

In 4500 Ortsgruppen über ½ Million Mitglieder.

Der Gesamtverband der Evangelischen Frauenhilfe, dessen Mitgliederzahl heute in 18 Provinzial- und Landesverbänden (Preußen, Anhalt, Braunschweig, Mecklenburg u. a.) und 4500 Ortsgruppen eine halbe Million bereits übersteigt, hat soeben auf Grund einer neuen Satzung seinen Hauptvorstand neu gewählt. Zum Vorsitzenden wurde Landesdirektor v. Winterfeldt, zur weiblichen Vorsitzenden Frau Oberkons.-Rat Stoltenhoff berufen, die in der ersten Sitzung des Hauptvorstandes von dem Vorsitzenden feierlich in ihr neues Amt eingeführt

---

Was die Liebe vermag

Roman von Eduard Wagner.

52. Fortsetzung. (Nachdruck verboten).

Aber nun ist mir jede Möglichkeit abgeschnitten, das Wort der Verzeihung aus ihrem Munde zu vernehmen, und diese furchtbare Gewißheit drückt mich zu Boden."

Er schwieg, sichtlich überwältigt von seinem schmerzlichen Empfinden und Gertrude schluchzte laut.

„Ach, Mr. Clifford," sprach sie, „weshalb sind Sie nicht schon vorige Woche gekommen! Damals hätte noch alles gut werden können."

„Sagen Sie, Gertrude," fragte Clifford hastig, „änderte sie wirklich ihr Testament in London."

Die alte Frau bejahte diese Frage.

„Kennen Sie den Inhalt?"

„Nein, Mr. Clifford. Vielleicht hat Sie Ihnen alles vermacht; denn ich glaube kaum, daß sie Miß Thompson bedachte."

Diese Mitteilung belebte aufs neue seine trügerische Hoffnung. Der Gedanke, daß Miß Thompson leer ausgehen sollte, befriedigte ihn, und er verließ daher nach kurzer Zeit das Hotel.

Zunächst beeilte er sich, den Grafen St. Berry und die Familie Thompson in Edinburg durch ein Telegramm von dem traurigen Ereignis in Kenntnis zu setzen. Dann kehrte er im Traueranzuge nach dem Hotel zurück und übernahm in seiner Eigenschaft als nächster Verwandter und mutmaßlicher Erbe die Anordnungen der Leichenfeier.

Als am Nachmitag der Graf St. Berry eintraf, trat er an diesen seine selbst angemaßten Rechte ab. Da wegen der ungünstigen Jahreszeit eine Ueberbringung der Leiche nach Schottland unmöglich war, so ordnete der Graf an, daß sie einstweilen in einer Gruft in London bestattet werden solle.

Die Familie Thompson erschien in tiefer Trauerkleidung, bei der Beerdigung. Miß Thompson bezeugte laut ihren Schmerz. Sie hoffte bestimmt, die Bevorzugte in der Erbschaft zu sein, da sie von dem Vorgefallenen in Kenntnis gesetzt und ihre Gegenwart bei der Bestattungsfeier verlangt worden war.

Am vierten Tage nach dem Tode von Miß Winham versammelten sich gegen Abend, als die Leichenfeier vorüber war, die Verwandten und Freunde der Dahingeschiedenen in demselben Zimmer, in welchem noch vor kurzem der Sarg gestanden hatte. Im Kamin brannte ein helles Feuer, und durch die geöffneten Fenster drang frische Luft herein.

Neben dem Grafen St. Berry, auf dessen Gesicht milde Trauer lag, saß Clifford in erwartungsvollem Stillschweigen. Miß Thompson saß schluchzend zwischen ihren Eltern am Kamin, Valerie und Gertrude standen in einiger Entfernung am Fenster. Erstere trug eine einfach schwarze Kleidung, und auf ihrem Antlitz lag der Ausdruck wahrhafter Trauer um ihre verblichene Herrin. Gertrude weinte bitterlich. Sie waren alle zur Testamentseröffnung gerufen worden und erwarteten den Anwalt.

Ganz allein in einer Fensternische stand in höchst einfacher Kleidung ein Mann mit bleichen Zügen. Dieser Mann war George Winham, ein weitläufiger Verwandter der Verstorbenen. In früheren Jahren war er der Liebling Miß Winhams gewesen, doch weil er sich gegen den Willen seiner Gönnerin verheiratet hatte, entzog sie ihm vollständig ihre Gunst.

Trotzdem war er auf die Nachricht von ihrem Tode ohne Groll und ohne jede selbstsüchtige Erwartung im Sterbehaus erschienen, um der Verblichenen die letzte Ehre zu erweisen. Er hatte schwer zu kämpfen mit den Sorgen des Lebens, und er sehnte sich danach, seine Freiheit zu erlangen. Mühsam mußte er, der in dem schottischen Hochlande seine Jugend verlebt hatte, den Unterhalt für sich und seine zahlreiche Familie erwerben. Trotzdem setzte er keine Hoffnung auf ein Vermächtnis seitens der Verstorbenen, als er auf die Nachricht von ihrem Tode nach London reiste. Nur seine alte Anhänglichkeit hatte ihn hier erscheinen lassen.

Clifford sowohl wie auch Miß Thompson waren erstaunt über seine Anwesenheit.

„Ich möchte wissen, Mutter, weshalb Miß Gloom und George Winham hier zugegen sind?" fragte Elsbeth gereizt. „Miß Winham hat dieses junge Mädchen erst vor zwei Monaten kennen gelernt, also welches Recht sollte sie an der Erbschaft besitzen? Wie die Verstorbene über George Winham dachte, ist uns allen bekannt, und mithin ist die Gegenwart der beiden nicht allein überflüssig, sondern auch Anstoß erregend."

Der Sachverwalter betrat in diesem Augenblick das Zimmer und Miß Thompson wandte sich sogleich zu ihm, indem sie sprach:

„Sir! Wir sind hier versammelt, um die letzten Wünsche der Verstorbenen zu vernehmen. Bevor Sie jedoch mit Ihrer Verlesung beginnen, möchte ich Sie ersuchen, zu veranlassen, daß sowohl Miß Gloom als auch Mr. Winham sich entfernen."

Peinlich überrascht erhob sich Valerie; aber der Anwalt trat freundlich auf sie zu.

„Bleiben Sie, sagte er, „Ihre Gegenwart wie auch die Mr. Winhams ist sogar erforderlich. Ich will sogleich mit der Eröffnung des Testaments beginnen."

Er trat ans Fenster, erbrach das Siegel und las nach der üblichen Einleitung die letzten Bestimmungen der Verstorbenen.

Alle lauschten mit gespannter Aufmerksamkeit den Worten des Anwalts. Einer schottischen Religionsgemeinschaft vermachte Miß Winham ein Legat, dessen Größe von ihren Verwandten mit Neid vernommen wurde. Ein Waisenhaus in Kaledonien erhielt ein kleines Vermögen.

Jeder Diener und jede Dienerin ihres Haushaltes war mit einer lebenslänglichen Rente bedacht.

Clifford und Miß Thompson vernahmen alles mit gesteigerter Ungeduld. Mr. Thompson erhielt einen Ring als Andenken und „ihrer Namensschwester", Elsbeth Thompson bestimmte die Erblasserin einen Schilling. Mit einem Aufschrei der Wut brach die Enterbte ohnmächtig zusammen. Als sie wieder zum Bewußtsein gebracht worden war und die allgemeine Aufregung sich beschwichtigt hatte, las der Anwalt weiter: „Schloß Winham, nebst allen dazugehörigen Ländereien und Pachthöfen vermache ich George Winham, dem einzigen Lebenden dieses Namens, als Beweis meiner Verzeihung für seine einst begangene Torheit. Ich erwarte, daß er seinem Namen Ehre machen wird."

Clifford war sprachlos. George Winham starrte den Anwalt ungläubig an; er vermochte das eben Gehörte kaum zu fassen.

„Meinem Großneffen Martin Clifford," las der Anwalt weiter, bestimme ich als Erinnerungszeichen einen Schilling. Er wird wissen, weshalb ich so und nicht anders handle."

Clifford zitterte vor innerer Erregung, während der Anwalt fortfuhr:

„Und endlich hinterlasse ich meiner jungen Gesellschafterin, Miß Gloom, zehntausend Pfund. Bis zur Volljährigkeit von Miß Gloom wird mein alter Freund, Graf St. Berry, die Vormundschaft über das junge Mädchen übernehmen. Es ist mein besonderer Wunsch, daß meine treue Dienerin Gertrude in ihrem Dienste verbleibe."

Clifford überwand seine bittere Täuschung meisterhaft. Die Gegenwart des Grafen, dem er zu mißfallen fürchtete, zwang ihn zu dieser Selbstbeherrschung.

Miß Thompson überließ sich ganz dem Ausbruch ihrer leidenschaftlich erregten Empfindungen, drohte mit Umstoß des Testaments und mußte schließlich mit Gewalt von ihrem Vater aus dem Zimmer entfernt werden.

„Es tut mir leid, Clifford," sagte der Graf, „das das Testament in einer gewissen Beziehung ungerecht erscheint. Sie hatten ein großes Anrecht auf diese Erbschaft. Das Testament ist aber rechtsgültig, und Sie müssen sich in das unvermeidliche fügen."

(Fortsetzung folgt.)

wurde. Stellv. Vorsitzende sind: Frau v. Bismarck-Welle und Pastor D. Cremer, in dessen bisherige Stellung als erster Geschäftsführer Pastor Lic. Werdemann aus Kaiserswerth berufen wurde.

—oo—

Aus den Provinzen.

Reichspräsident v. Hindenburg übernimmt das Protektorat über das 26. Westfälische Bundesschießen in Hagen.

Hagen, 19. März. Der Schützenverein Hagen-Oberstadt, der bekanntlich das 26. Westfälische Bundesschießen vom 3. bis 7. Juni übernommen hat, hatte den Reichspräsidenten v. Hindenburg gebeten, das Protektorat zu übernehmen. In einem gestern bei dem Vorsitzenden des Vereins eingegangenen Schreiben hat der Herr Reichspräsident seine Zusage gegeben.

Ein nächtlicher Auftritt.

Hagen, 19. März. In der Nacht zum 17. Jan. kehrte ein Bahnbeamter mit Frau und Tochter in Begleitung eines Freundes aus einer Wirtschaft in Eckesey heim. Weil der Freund einen künstlerisch wahrscheinlich nicht auf hoher Stufe stehenden Gesang anstimmte, wurde er von einem Polizeibeamten zur Ruhe ermahnt. Darüber erboste sich der Bahnbeamte und es kam in der Nähe der Kaiserstraße zu einem Wortwechsel, der einen größeren Menschenauflauf verursachte und bei dem es zu versteckten und offenen Drohungen gegen den Polizeibeamten kam. Das Hagener Schöffengericht verurteilte den Bahnbeamten zu 30 Mark Geldstrafe.

Zeichen der Zeit.

Unna, 19. März. Ein trauriges Bild der Zeit entrollte sich gestern abend vor dem hiesigen Rathause. Zu den sich allabendlich meldenden Obdachlosen gesellte sich ein auf der Wanderschaft befindliches Ehepaar. Auf einem Handwagen zog der Mann den notwendigsten Hausrat mit. Vor dem Wagen hing ein Schild mit der Aufschrift: „Wohnungslos! Gebt uns Arbeit! Gebt uns Wohnung!" Das zweite Gefährt war ein alter Kinderwagen, den die Frau schob, da die Eheleute ihre zwei kleinen Kinderchen von noch nicht 2 und 5 Jahren mitführten. Die Familie erregte das Mitleid aller Vorübergehenden. Für die Nacht wurden sie städtischerseits untergebracht. Das angebliche Ziel ist Arnsberg.

Unnaer Polizei-Wochenbericht.

Unna, 19. März. In der Woche vom 7.—13. März wurden bei der hiesigen Polizeiverwaltung folgende Fälle zur Anzeige gebracht: 1 Betrug, 1 Abtreibung der Leibesfrucht, 1 versuchte Sachbeschädigung, 2 Genußmittelfälschungen, 1 Gewerbevergehen, 1 Mordversuch, 1 Diebstahl, 1 Fahrraddiebstahl. Wegen Uebertretung verschiedener Polizeiverordnungen wurden 17 Personen zur Anzeige gebracht. In Zwischenhaft befanden sich 7 Personen. Festgenommen wurde 1 Person und 2 wegen Trunkenheit in Schutzhaft. — Obdachlos meldeten sich in der Berichtswoche 101 Personen.

Tödlicher Unglücksfall.

Kamen, 19. März. Der Dachdeckergehilfe Albert Nachtwehr war an dem Einwohnerhaus der Fabrik Klein u. Söhne beschäftigt, als er unvermittelt abstürzte und auf der Stelle liegen blieb. Da er gerade das Dach bestiegen hatte, vermutete man, daß er gewiß einen Schwindelanfall bekam, denn er fiel mit dem Kopf aus der Höhe von ca. 6 Metern auf die Erde. Der sofort herbeigerufene Arzt Dr. Holtmann konnte nur noch den bereits eingetretenen Tod feststellen.

Ein Kuriosum.

Hucarde, 19. März. Eine Ziege des Steigers Glaremin, Mengeder Straße, brachte am Sonntag ein Junges mit 2 normalen Schnauzen und 4 Ohren zur Welt. Dem Tiere, welches lebte, mußte während der Geburt der Kopf vom Rumpfe getrennt werden, da keine Möglichkeit vorlag, es sonst völlig freizulegen. Das Muttertier ist wieder munter. Wie wir hören, wird der Kopf des Lämmleins dem landwirtschaftlichen Institut in Münster übersandt werden.

Zur Warnung.

Lüdenscheid, 19. März. Das Hagener Schöffengericht verurteilte eine junge Frau zu vier Wochen Gefängnis. Sie hatte kürzlich eine Ehe geschlossen und ihrem Mann verschwiegen, daß sie mit einer geheimen Krankheit behaftet war, die naturgemäß auf ihren Mann übertragen wurde.

Steine statt Schrott.

Lüdenscheid, 19. März. Ein hiesiger Althändler verkaufte einem Händler in Hagen einen Waggon Schrott, das er auf der städtischen Schlackenhalde zusammengesucht hatte. Der Waggon war für das Hasper Werk bestimmt, das bei Ankunft die Annahm verweigerte, weil eine Anzahl Pakete Steine beigefügt waren, um das vereinbarte Gewicht zu erreichen. Der Händler wurde vom Schöffengericht in Hagen zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt.

Beim Ankerlichten.

Gelsenkirchen, 19. März. Im Hafen Grimberg zogen Schiffer eine völlig verweste männliche Leiche hoch. Der Tote, der bis zur Unkenntlichkeit entstellt ist, ist unbekannt. Nach ärztlichem Gutachten muß die Leiche wenigstens 2 Monate im Wasser gelegen haben. Die Kleidung bestand aus einem dunklen Anzug und weichem Kragen. Sämtliche Taschen waren mit Steinen gefüllt.

Oeffentliche Brandmarkung.

Selm, 19. März. Als erster Anwärter auf der Raufboldliste ist der sehr leicht zu Schlägereien geneigte Bergmann Jung von hier amtlich vorgemerkt worden. Dem jungen Heißsporn ist damit das Betreten öffentlicher Festlichkeiten und sonstiger Veranstaltungen bei Strafe verboten worden. Die Einrichtung der Raufboldliste hat auf einige schlagfertige Jünglinge unseres Ortes bereits recht ernüchternd gewirkt und einen wohltuenden Einfluß geltend gemacht.

Aus dem Reiche.

Zwei Sachverständige.

Bei einem Schlächtermeister in Thale (Harz) wurden etwa 3 Zentner Gefrierfleisch beschlagnahmt, das nach dem Gutachten des chemischen Untersuchungsamtes Halberstadt stark mit Fäulniserregern durchsetzt, mithin verdorben war. Der betreffende Schlächter hat nun von dem beschlagnahmten Fleisch in der Abdeckerei durch einen Quedlinburger Tierarzt Proben entnehmen und durch das staatliche bakteriologische Institut in Halle untersuchen lassen. Von dort erhielt er jetzt die Nachricht, daß das Fleisch keimfrei und frei von gesundheitsschädlichen Bakterien gefunden worden ist. Zwei sich direkt widersprechende Gutachten. Wer von den beiden Sachverständigen Recht hat, muß das gegen den Schlächter schwebende Verfahren klären.

Büroräume und Wohnungsnot.

Zurzeit stehen in Berlin schätzungsweise zirka 1 Million Quadratmeter Büroräume leer, während die Wohnungsnot noch unvermindert andauert. Ein großer Teil der jetzt leerstehenden Büroräume diente früher zu Wohnungszwecken, und ein anderer großer Teil ließe sich leicht mit geringen Kosten für Wohnzwecke nutzbar machen.

Private und amtliche Starkästen.

Ein Einwohner Hannovers hatte seit langen Jahren an den Bäumen vor seinem Hause Nistkästen für die Stare anbringen lassen. In diesem Jahre ließ nun die Stadtgartenverwaltung auch ihrerseits, und zwar zum erstenmal, einige Nistkästen befestigen, während der Vogelfreund selbst wieder drei Stück anbringen ließ. Hiermit schien die Stadtverwaltung indes nicht einverstanden gewesen zu sein, denn einige Tage später erschienen, und zwar in früher Morgenstunde, drei städtische Gartenarbeiter mit Leiter und Karre, erstiegen die Bäume, rissen die privaten Nistkästen herunter und fuhren damit auf und davon. — Was mögen die privaten Nistkästen wohl verbrochen haben, daß man sie so böse behandelte. Jedenfalls dürfte es den Staren einerlei sein, ob sie in städtischen oder privaten Nistkästen verkehren, und den Vogelfreund soll man nicht unnötig kränken.

Notizen für Gartenfreunde.

Der ständig wachsenden Bedeutung des Kleingartenwesens Rechnung tragend, haben wir uns entschlossen, eine Rubrik einzuführen, unter welcher alle den Gartenbau betreffenden Dinge besondere Beachtung erfahren sollen. In Form kleiner Notizen werden wir allwöchentlich Ratschläge veröffentlichen, die uns zur jeweiligen Jahreszeit angebracht erscheinen. Dazwischen sollen kurze Nachrichten über mancherlei Dinge des Gartenbaues Verständnis und Interesse für alle damit zusammenhängenden Fragen erwecken. Wir hoffen, daß jeder Gartenbesitzer viel Wertvolles und Anregendes unter diesen Notizen finden wird.

Bei der Pflanzung der Obstbäume werden trotz vielfacher Aufklärung immer wieder Fehler gemacht, deren Folge Mißerfolg der Pflanzung oder schlechte Tragbarkeit der Bäume ist.

Von wesentlichster Bedeutung für die spätere Entwicklung des Obstbaumes ist es, daß der Baum, nachdem sich die Erde gesetzt hat, niemals tiefer steht, als er in der Baumschule gestanden hat. Er muß also bei Ausführung der Pflanzung etwas höher stehen, da mit einem Setzen des Erdbodens zu rechnen ist. Zu tiefes Pflanzen ist oft Ursache für Unfruchtbarkeit. Nachdem der Wurzelschnitt ausgeführt ist, empfiehlt es sich, die Wurzeln in steifen Lehmbrei zu tauchen, welcher die Wurzeln lange feucht erhält. Bei Hoch- und Halbstämmen, welche einen Pfahl erhalten sollen, werden die Baumpfähle vor der Pflanzung fest in die Baumlöcher eingesetzt und die Bäume sozusagen an die Pfähle gepflanzt. Den besten lockeren Boden bringt man direkt um und unter die Wurzeln. Niemals darf frischer tierischer Dünger an die Wurzeln gebracht werden, da dieses ein Verbrennen der Wurzeln zur Folge hätte und ein Anwachsen ausgeschlossen wäre. Die Wurzeln müssen voll und ganz von lockerer Erde umgeben sein; freie Räume dürfen nicht entstehen, da hierdurch ein Austrocknen der Wurzeln herbeigeführt würde. Nachdem das Pflanzloch voll mit Erde angefüllt ist, wird der Boden leicht mit dem Fuße angetreten, ein Gießrand aufgeworfen und hierauf gründlich angegossen.

Sehr zu empfehlen ist es, hiernach die Pflanzscheibe mit kurzem verrotteten Dünger abzudecken; dieses ist für den Feuchtigkeitszustand des Bodens sehr vorteilhaft, und obendrein wird der Dünger mit der Zeit ausgelaugt und kommt somit der Ernährung des Baumes zugute.

—oo—

Sportnachrichten.

Boxen.

2. Boxkampfgroßtag in der Westfalenhalle.

Meisterschaftsausscheidung Reppel—Noack.

Der zweite Boxkampfgroßtag am Sonntag in der Westfalenhalle bringt als Hauptereignis den Ausscheidungskampf um die Meisterschaft zwischen den beiden besten Vertretern des Federgewichts, Reppel-Herne und Noack-Berlin. Die westfälische Boxsportgemeinde muß es der Direktion hoch anrechnen, daß sie wiederum Gelegenheit erhält, einem Meisterschaftstreffen beiwohnen zu können. Denn daß es bei derartigen Kämpfen um das Ganze geht, braucht nicht weiter erörtert zu werden. Was aber gerade diese Begegnung ganz besonders interessant macht, ist die Tatsache, daß die beiden sich schon einmal vor ca. sechs Wochen in Bremen gegenüber standen. Trotzdem die zwei erbitterten Gegner damals einen der schärfsten und härtesten Kämpfe lieferten, blieb der Ausgang unentschieden. Diesmal werden die beiden Meisterschaftskandidaten unter verschärften Bedingungen mit 4 Unzenhandschuhen und harten Bandagen durch die Seile klettern, sodaß mit Sicherheit auf eine Entscheidung zu rechnen ist. Beide sind der westfälischen Boxsportgemeinde nicht mehr unbekannt, denn sie standen schon bei dem ersten Boxkampfgroßtag in den Vorausscheidungen im Westfalenhallenring und konnten durch ihre technisch vollendete Kampfesweise und ihre Siege über Dörfer bezw. Gohres helle Begeisterung erwecken.

Die Veranstaltung beginnt um 5 Uhr nachmittags. Der Hauptkampf dürfte gegen 8 Uhr abends von statten gehen.

Fußball-Länderspiel.

Für das Fußball-Länderspiel Deutschland—Schweden hat der schwedische Fußballverband als Termin den 7. November vorgeschlagen. Einige Tage vorher absolviert die schwedische Nationalelf Spiele in Budapest und Wien und soll dann den Länderkampf gegen Deutschland bei der Rückreise ausgefochten werden. Voraussichtlich wird das Treffen in Süddeutschland vor sich gehen.

Helen Wills südfranzösische Meisterin.

Im Endspiel um die südfranzösische Meisterschaft schlug Helen Wills Miß Mundford 6—0, 6—4. In der Herrenmeisterschaft siegte der Italiener de Morpurgo über Cochet 1—6, 6—2, 6—2, 6—3. Helen Wills und Cochet werden in Cannes im gemischten Doppelspiel spielen. Außerdem beteiligt sich die Amerikanerin an zwei anderen Turnieren. Sie geht dann nach Italien, nimmt jedoch dort an keinem Turnier teil. Am. 1. Mai soll sie angeblich Amerika gegen Frankreich vertreten.

Suzanne Lenglen nach England.

Die französische Tennismeisterin Lenglen, die augenblicklich am Comer See weilt, hat die Absicht ausgesprochen, an den Turnieren zu Edgbaston und Wimbledon teilzunehmen, in welch letzteren sie auch Helen Wills zu treffen hofft. (?).

Konfirmations-Geschenke

Auerbach, Barfüßele				2.—
Baudert, Ein tapferes Herze				6.50
Bonsels, Biene Maja				4.50
Bulwer, Die letzten Tage von Pompeii			2.80	5.—
Campe, Theophron				0.80
Annette v. Droste-Hülshoff, Die Judenbuche				0.80
Enth, Hinter Pflug und Schraubstock				8.—
Fleuron, Die Marodeure des Sees u. a. Tiergeschichten				0.80
v. Francois, Stufenjahre eines Glücklichen				4.—
Freytag, Bilder aus der deutschen Vergangenheit Bd. I/III				14.40
Freytag, Soll und Haben, Bd. I/II				7.20
v. Gagern, Der Marterpfahl				0.80
Geibel, Gedichte				2.—
Gerok, Palmblätter				2.—
Goethe, Faust				2.—
Goethe, Lebensbild von Haarhaus				2.40
Gotthelf, Erzählungen und Bilder				1.20
Hauff, Lichtenstein				4.50
Hasse, Du, eine Gabe f. junge Mädchen				6.—
Hebel, Schatzkästlein				2.—
Hoffmann, Andreas Hofer				4.—
v. Horn, Ammi				0.80
Hübner, Reich in Gott				2.75
Hübner, Maria u. Lisa				2.75
Hübner, Aus dem Leben einer Waise				2.75
Josephson, Auf heiliger Höhe				1.—
Josephson, Vergiß die Stunde nicht				1.—
Keller, Der grüne Heinrich Bd. I/II				6.40
Koelsch, Gaukler des Lebens				0.80
de Lagarde, Drei deutsche Schriften				2.—
Lenau, Gedichte				3.20
Lessing, Dramatische Meisterwerke				2.—
Ludwig, Zwischen Himmel und Erde			2.—	3.75
Mörike, Gedichte				3.20
Reuter, Ut mine Stromtid				4.80
Scheffel, Ekkehard		3.—	3.60	5.50
Schiller, Balladen				0.80
Schiller, Lebensbild von W. Golther				2.—
Sienkiewicz, Quo vadis?				6.—
Stange, Vom Bruder Mensch				6.—
Steinhausen, Irmela				4.—
Stifter, Abdias				1.20
Storm, Novellen				2.—
Tetzner, Deutsche Geschichte in Liedern deutsch. Dichter				3.60
Weber, Dreizehnlinden	0.85	3.50	4.50	6.—

und andere hübsche Geschenkbände bietet an:

Buchhandlung C. Braus

Schwerte, Bahnhofstraße 3.

Marktberichte.

Dortmunder Zuchtviehmarkt vom 17. März. Auftrieb: 779 Stück Großvieh, 314 Schweine, 34 Kälber. Der Handel war in guten Tieren lebhaft, sonst langsam. Kühe kosteten 200—650, Rinder 150—400 M. Sämtliches zum Markt aufgetrieben gewesenes Großvieh ist gegen Maul- und Klauenseuche geimpft worden. Die geimpften Tiere sind mit Ohrenmarken versehen, die die Bezeichnung „Magerviehhof Dortmund" und eine Nummer tragen. Es sind die Nummern 65 332—66 111 ausgegeben worden. Am Schweinemarkt war der Handel mittel. Es kosteten 6 bis 8 Wochen alte Ferkel 30—42 M, 8 bis 10 Wochen alte 42—60 M, 10 bis 12 Wochen alte 60—75 M. Der nächste Markt findet am 24. März statt.

Humor.

Der Versäumte. Zwei Jupps treffen sich zufällig auf der Straße und sind beide entrüstet, daß man ihrer am heutigen Tage gar nicht gedacht hat. Damit sie doch zu ihrem Rechte kommen, schreit der eine den anderen an: Juppheil! Worauf der andere antwortet: Allen Jupps ein kräftiges Heil!

Ob Regen oder Sturm — das Stimmungsbarometer der Meggendorfer-Blätter zeigt beständig auf Sonne und Heiterkeit, und wer ständiger Leser dieses wöchentlich erscheinenden immer amüsanten Familienwitzblattes ist, wird zu seiner Freude feststellen können, daß seine Stimmung sich nicht nach dem Wetter, sondern nach dem Barometer richtet, also ständig fröhlich und heiter ist. — Diese Tatsache versteht jeder, der sich einmal in den Inhalt der Meggendorfer-Blätter vertieft hat. Jedes Heft bringt neue Witze, Anekdoten, Satiren und Humoresken, jede Seite künstlerische Illustrationen und Karikaturen und auch aktuelle Zeitereignisse werden in Reim und Prosa glossiert und mit Humor beleuchtet. Dabei enthalten sich die Meggendorfer-Blätter jeder Stellungnahme in politischen Dingen, und sind damit ein Witzblatt, das nur der Erheiterung aller dienen will.

Das Abonnement auf die Meggendorfer-Blätter kann jederzeit begonnen werden. Bestellungen nimmt jede Buchhandlung und jedes Postamt entgegen, ebenso auch der Verlag in München, Residenzstraße 10. Die seit Beginn eines Vierteljahres bereits erschienenen Nummern werden neuen Abonnenten auf Wunsch nachgeliefert.

Verantwortl. für Kunst u. Wissen, Theater u. Konzert, Turnen u. Sport: Theo Schäfers, Schwerte.



Es hat Gott dem Allmächtigen gefallen, Mittwoch morgen 1 Uhr unsere unvergeßliche, liebe Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Frau Ww. Ed. Hoffmann

Wilhelmine geb. Küch

im Alter von 69 Jahren 5 Monaten, nach langem, schwerem Leiden zu sich in die Ewigkeit zu nehmen.

Um stille Teilnahme bitten:

Die trauernden Hinterbliebenen.

Schwerte und Ergste, den 18. März 1926.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 21. März nachmittags 3 Uhr, vom Sterbehause, Ostbergerstr. 19, aus statt. 1010

Sollte jemand aus Versehen keine besondere Nachricht erhalten haben, so diene diese als solche.

Konkurs-Verkauf.

Da sämtliche Waren **20** % bis **30** %, zum Teil auch **40** % im Preise sinken, bietet sich eine günstige Gelegenheit zum Einkauf von gutem Schuhwerk.

Reparaturen jeder Art werden in bekannt guter Ausführung billigst berechnet.

Georg Eichenauer, Schwerte

Mährstraße 8.

1009

Das Blatt

der handarbeitenden Frau

Beyers Monatsblatt

für

Handarbeit und Wäsche

Mit den Beilagen:

Die schöne Wohnung

Handarbeits-, Abplättmuster-Schnittbogen u. Gratisschnitt

erscheint am 15. jedes Monats und kostet **75 Pfg.**, frei ins Haus 5 Pfg. mehr.

Buchhandlung Carl Braus

Schwerte, Bahnhofstraße 3

---

4 PS-Getriebe-Maschine Modell 1926



Ballonbereifung / Kupplung / Kickstarter / Stoßdämpfer Soziusmaschine / Vorder- u. Hinterrad-Innenbacken-Bremsen

Kassepreis nur Mark: **835.—** ab Werk

zuzüglich Mark 15.— Aufschlag gemäß Gummipreiserhöhung.

Elektrisches Licht extra Mark 60.—. Verlangen Sie außerdem unsere Ratenbedingungen bei Ratenzahlung von

Mk. 12.50

pro Woche. // Prospekt gegen Rückporto.

Zschopauer Motorenwerke

J. S. Rasmussen A.-G., Zschopau i. Sa.

Platzvertreter: Georg Trottner, Schwerte, Schützenstr. 39



Mit dem heutigen Tage habe ich in Schwerte, **Bahnhofstr. 16**

eine behördlich anerkannte

Auto-Fahrschule

eröffnet. — Die Ausbildung erfolgt auf sämtl. Klassen (Motorräder, Lastkraftwagen und Personenkraftwagen) und sind Lehrwagen der neuesten und modernsten Konstruktion vorhanden. — Der Eintritt kann täglich erfolgen und sind die Unterrichtsstunden so gelegt, daß kein Schüler gezwungen ist, seine Arbeitsstunden auszusetzen. Ich habe es mir daher zur Pflicht gemacht, Leute zu brauchbaren Kraftwagenführern heranzubilden. — Prospekte stehen kostenlos zur Verfügung. —

Privat-Kraftfahrschule Wilh. Brauckmann

Fernsprech-Anschluß Nr. 183.

Wie vollzieht sich der Preisabbau in Schuhsohlen?

Durch die Verwendung von Goliath-Sohlen!

Goliath ist ein gesetzl. geschützt. Sohl-Leder und zwar eine nach einem besond. Verfahren gegerbte Qualitätsware Goliath-Sohlen sind unbedingt **wasserdicht**. Sie haben **über doppelte Haltbarkeit** gegenüber dem allerbesten Kernleder. — Goliath ist **nicht teurer** als eichengegerbte Sohlen.

Auf Wunsch auch billigere Ledersohlen je nach Gewicht. Herrensohlen v. ℳ **2.75** an, Damensohlen v. ℳ **2.20** an

Auf eilige Sohlen u. Absätze kann gewartet werden.

Anfertigung von orthopädischer Fußbekleidung unter Garantie besten Sitzens. Zugelassen vom Versorgungsamt Dortmund. **Lager fertiger Schuhwaren**

Heinrich Hitzegrad, Schuhmachermeister

Schwerte (Ruhr), Senningsweg 26.

Heinr. Hill

(Adolf Kalsbach) 1007

Ich mache meine Kundschaft darauf aufmerksam, daß ich in Zukunft nur unter dem Namen Heinr. Hill inseriere.

Billige Lebensmittel!

Ia. Holländer Käse	1.40, 0.98 ℳ	Schmalz, gar. rein, p. Pf.	0.92 ℳ
Ia. Edamer Käse	1.40, 0.98 „	Backöl helles per Liter	1.00 „
Ia. Limburger Käse 20 %	0.68 „	Salatöl „ „ „	1.05 „
Ia. Harzer Käse, 5 Stck.	0.20 „	Tafelöl „ „ „	1.40 „
Ia. Plockwurst per Pfd.	1.80 „	Margarine ½ Pfd. v.	0.53 ℳ an
Ia. Leberwurst per Pfd.	1.40 „	„ ohne Salz „	0.58 „ „
Ia. Kornedbeef ½	0.75, 0.95 „	Speck fett, ges. von	1.10 „ „
		Speck durchw. ger.,	1.35 „ „
Ia. Schnittbohn. ½ Ds.	0.70 „		
Ia. Brechbohnen „ „	0.70 „	Weizenmehl p. Pf.	„ 0.21 „ „
Ia. Apfelmuß ½ Dose	0.75 „	Haferflocken p. Pf.	„ 0.24 „ „
Ia. Pflaumen ½ Dose	0.85 „	Weiße Bohnen Pf.	„ 0.19 „ „
		Gelbe Erbsen p. Pfd.	0.23 ℳ
Ia. Süßrahmbutter Pfd.	**2.20 ℳ**	**Zucker per Pfund nur**	**0.28 ℳ**
Eier gar. frisch 8 Stück	**0.98 „**		

Zwangs-Versteigerung

Sonnabend, den 20. ds. Mts. 1926, vormittags 11 Uhr, werde ich in meinem Pfandlokale bei Wirt Schulte in Westhofen

1 Kronleuchter (Bronze) 7-flammig
1 Zuglampe
1 Kronleuchter 10-flammig
1 Kronleuchter 3-flammig
1 Schreibmaschine

öffentl., meistbietend gegen bar versteigern.

Der Verkauf findet voraussichtlich bestimmt statt

Schwerte, 19. 3. 1926

Trausch,
Ober-Gerichtsvollzieher in Schwerte. 1011

Felle! Felle!

Zahle für Zickelfelle die höchst. Tagespreise.

Jul. Neuhaus

Moltkestr. 19. 1002

Gebrauchte 1013

Damen-Garderobe

für schlanke Figuren, sowie

Herren- und Kinder-Sachen

preiswert abzugeben.

Zu erfr. in der Exp. ds. Bl.

Weidegang.

Fohlen und Rinder werden auf guter Weide angenommen.

Wilhelm Zimmermann

Holzen, Helenenhof

Tel. 327. 986

Technikum Lemgo i. Lippe

Höhere techn. Lehranstalt

Ingenieur, Techn., Werkmst. Staatskommiss

Programm frei.

Lichtspiele zur Reichskrone

Heute bis Montag:

Die eiserne Braut!

8 Akte von deutschen Schiffen und blauen Jungens. In der Hauptrolle **Otto Gebühr**

Dem Friederikus-Rex-Film ist nun „Die eiserne Braut", ein Film von deutschen und blauen Jungens, gefolgt, und wie jener atmet auch dieser echten Soldatengeist. Frei von allem Kitsch, frei von jeder Tendenz, zieht die Handlung, deren Hauptdarsteller deutsche Schiffe und deutsche Matrosen unter der neuen deutschen Flagge sind, vorüber. Otto Gebühr, Erna Morena, Kläre Rommer, Maly Delschaft, Werner Pittschau, alles bekannte Namen tragen die Hauptrollen der handelnden Personen und gestalten das Werk zu einem wahrhaften Erlebnis.

Außerdem bringen wir Ihnen noch zwei Lustspiele:

I.

Zahlt — oder ich schieß mich tot!

Lustspiel in 2 Akten.

II.

Nur nicht dreizehn!

Lustspiel in 2 Akten.

Die Ufa-Wochenschau

Das neueste aus aller Welt, u. a.: Die Völkerbundstagung in Genf.

Unter Mitwirkung unseres groß. Hausorchesters

Am Samstag und Montag nachmittag 4 Uhr

Kindervorstellung

Zur Vorführung gelangt **„Die eiserne Braut"** u. 2 Lustspiele

---

Schluß-Ball

im Hotel Jungesblut

am **Samstag,** 20. März 1012

W. Sprengepiel u. Frau

Der neue Kursus beginnt am 8. April.

„Freischütz"

Sonntag:

Militärkonzert

6. Artillerie, Minden

Lumpen! Lumpen!

Zahle für Lumpen 11 Pfg. per kg.

Jul. Neuhaus

Moltkestr. 19. 1001

Ziehung

31. März, 1. u. 3. April

Marien-Kirchen-Lotterie

9061 Gewinne u. 3 Prämien im Werte von Mark

Höchst-Gewinn **80000**
Höchst-Gewinn **30000**
Höchst-Gewinn **20000**
Prämie **10000**
usw. usw.

Lose zu 1.20 14 Porto u. Liste M. 30 Pfennig

5 Lose einschl. Porto und Liste 6 M.

erhältlich bei den Staatl. Lotterie-Einnehmern, in allen Lotterie-Geschäft. oder gegen Einzahlung bezw. Nachnahme durch A. Molitzky, Berlin W 9. Postscheckkonto Berlin 26128

Im „Kaiserhof"

Heute Freitag

I. Meisterabend

des Trios „Roforehl"



Brat-Schellfisch per Pfd. 22 ₰

Bückinge per Pfd. 22 ₰

5 Pfd.-Kiste 98 ₰

A. Kalsbach

Den eleg. Schuh

finden Sie im

Schuhhaus Schmerbeck

Hörderstr. 48. Tel. 221.

Inserate

haben der Schwerter Zeitung **besten Erfolg!**

Vereinsdrucksachen

liefert sauber, schnell und billig

Buchdruckerei C. Braus, Schwerte

Im „Kaiserhof"

Heute Freitag

I. Meisterabend

des Trios „Roforehl"